



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen



# Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

## Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947

24.04.1947 - 10. Sitzung

---

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

# Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft

Sitzung vom 24. April 1947.

Es fehlten entschuldigt: Balcke, Haupt, W. Lücke, Frau Stiegler, Wehner, van Heukelum, Lohmüller, Frau v. Seggern.

Unentschuldigt fehlten: Bölken, Kaisen, Köster, Frau Lehmkuhl, Paulmann, O. Schulze, Wolters, Ballof, Wenke.

## Gegenstände der Tagesordnung:

Verhandelt Seite	Verhandelt Seite
I. Mitteilung des Senats vom 21. März 1947: Gesetz zur Überleitung des Strafverfügungsrechts der Polizei auf die Gerichte. 174	2. Änderung des Gesetzes über die Ortsämter und Außenstellen der bremischen Verwaltung. 175
II. Mitteilung des Senats vom 1. April 1947:	IV. Fragen des Flüchtlingswesens im Lande Bremen. 177
1. Übertragung von Zuständigkeiten der Bürgerschaft nach Artikel 20 des Verfassungsentwurfs auf die Finanzdeputation. 174	V. Wahl eines Vertreters in den parlamentarischen Rat beim Länderrat (N. z. V. g.)
2. Gesetz über die Errichtung der Landeszentralbank in Bremen. 174	VI. Interpellation: Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln. 179
III. Mitteilung des Senats vom 3. April 1947:	VII. Interpellation: Fischdampfer-Neubau. 185
1. Wiederaufnahme des Zinsen- und Tilgungsdienstes der bremischen Staatsschulden. 174	VIII. Kleine Anfrage: Gerüchte über Herrn Senator Wolters (N. z. V. g.)
	IX. Antrag 41: Umbenennung der Kaiser-Friedrich-Straße. 187

Präsident: A. Hagedorn.

Eröffnung der Sitzung 16 Uhr.

Präsident: Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung sind nicht erhoben.

Eingegangen ist eine Mitteilung des Senats vom 14. April 1947: Verleihung des Enteignungsrechts an den Drahtstiftfabrikanten Heinrich Kaiser für ein Grundstück in Bremen-Hemelingen.

Eine Mitteilung des Senats vom 14. April 1947: Antrag: Hermann-Böse-Schule.

Eingegangen ist ferner eine Mitteilung des Senats vom 15. April 1947: Gesetz über die Erfassung von Hausrat.

Weiter ist eingegangen eine Mitteilung des Senats vom 18. April 1947: Inkraftsetzung von Verordnungen des Zentraljustizamtes für die britische Zone.

Diese Mitteilungen kommen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Herr Georg Bell von aus Weißenstadt in Oberfranken übermittelt der Bürgerschaft einen Vorschlag zur Gründung einer Wiederaufbau-Finanzierung-Selbsthilfe GmbH. Das Schreiben liegt in der Kanzlei der Bürgerschaft zur Einsicht für die Mitglieder aus.

Herr B o t e stellt folgenden Antrag:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, bei der Militärregierung den Erlaß der folgenden Anordnung anzuregen:

„Beamte, die von der Militärregierung ihres Amtes enthoben worden sind, sind bis zur endgültigen Aberkennung ihrer Beamtenrechte so zu behandeln, als wären sie unter Bewilligung des gesetzlichen Wartegeldes einstweilen in den Ruhestand versetzt.“

Es liegen zwei kleine Anfragen von Herrn Kroog vor:

1. In der Sitzung der Bürgerschaft am 12. Dezember 1946 ersuchte die Bürgerschaft den Senat, dringende Vorstellungen bei der Militärregierung zu erheben, daß der U-Bunker in Farge nicht gesprengt, sondern friedlichen wirtschaftlichen Zwecken zugeführt wird.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat nunmehr um Bericht, ob diese Vorstellungen Erfolg gehabt haben.

Schriftliche Antwort genügt.

2. In der Bevölkerung des Ortsamtes Blumenthal, Nebenstelle Farge, sind Gerüchte im Umlauf, wonach in Bremen der Bau eines Kühlhauses geplant ist, die Vorarbeiten schon beendet sind und mit dem Bau begonnen werden soll.

Ist dem Senat dieses bekannt? Wenn ja, ist der Senat bereit, mitzuteilen, ob alles Mögliche versucht ist, den bestehenden U-Boot-Bunker in Farge für diesen Zweck nutzbar zu machen.

Wenn ja, warum dieser Bunker nicht für diesen Zweck benutzt werden kann.  
Schriftliche Antwort genügt.

gez.: Kroog (SPD.)

Ich werde die Kleinen Anfragen dem Senat zur Beantwortung übermitteln:

Herr Stockhinger teilt mit: Aus der Verfassungsdeputation scheidet aus Herr Vogelsang, es tritt ein Herr Artur Haupt, aus der Finanzdeputation scheidet aus Herr Artur Haupt, es tritt ein Herr Vogelsang, aus der Deputation für Häfen, Wirtschaft und Verkehr scheidet aus Herr Husung, es tritt ein Herr Nowatzki.

Herr Bote teilt mit: Aus der Finanzdeputation scheidet aus Herr Friedrich Schulze, es tritt ein Herr Bote, aus der Deputation für Wirtschaft, Häfen und Verkehr scheidet aus Herr Friedrich Schulze, es tritt ein Herr Behrens.

Herr Hollmann hat folgenden Antrag eingebracht:

Die Bürgerschaft wolle beschließen:

Keine Behörde, keine Berufsorganisation darf ab sofort Fragebogen, Formulare zum Versand bringen, wenn nicht die ausdrückliche Genehmigung des Senators für die Wirtschaft zum Druck und Versand vorliegt.

Auch dieser Antrag kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Es liegt ein Antrag des Herrn Rafoth vor:

Die Bürgerschaft wolle beschließen:

#### Gesetz über Spar- und Bankguthaben der Ausgewiesenen und Kriegsvertriebenen.

§ 1 Ausgewiesenen und kriegsvertriebenen Personen, die im Falle der Rückkehr in ihr Heimatgebiet von dort ausgewiesen wurden, können monatliche Teilzahlungen bis zu RM 200.— gewährt werden, wenn

1. dieselben nach dem 1. 5. 1945 unmittelbar in das Land Bremen eingewiesen worden sind,
2. sie Angehörige des Deutschen Reiches sind,
3. sie durch Vorlage von Sparkassenbüchern, Kontoauszügen oder anderen Dokumenten nachweisen können, daß sie am Tage der Ausweisung ein Guthaben in entsprechender Höhe bei einer Sparkasse oder Bank ihres Heimatgebietes gehabt haben.  
Können diese Dokumente nicht nachgewiesen werden, so muß die eidesstattliche Aussage zweier einwandfreier Zeugen beigebracht werden,

4. das verfügbare Familienvermögen unter RM 2 000.— liegt.

5. das monatliche Familieneinkommen nicht mehr als RM 200.— zuzüglich RM 25.— für jedes Kind bis zum Höchstbetrag von RM 300.— beträgt. Der übersteigende Betrag wird auf die monatlichen Abhebungen angerechnet.

Die Summe sämtlicher Abhebungen darf RM 5 000.— nicht übersteigen.

§ 2 Unter der Familie des Ausgewiesenen und Kriegsvertriebenen im Sinne des § 1 Nr. 4 und 5 sind sein Ehegatte und seine minderjährigen Kinder zu verstehen.

§ 3 Der Antrag auf Gewährung der Teilzahlungen wird beim Wohlfahrtsamt des Aufnahmeortes gestellt. Nach Prüfung der Voraussetzungen erteilt das Wohlfahrtsamt dem Antragsteller schriftlichen Bescheid unter Belehrung über das dagegen zulässige Rechtsmittel. Über die zu gewährende Teilzahlung wird eine Anweisung ausgehändigt, aus der die Guthabenhöhe und der monatliche Teilbetrag ersichtlich ist. Die Auszahlung selbst erfolgt bei Vorlage dieser Anweisung bei einer selbst zu wählenden Sparkasse oder Bank.

§ 4 In Höhe der Summe der geleisteten Zahlungen geht der Anspruch des Kontoinhabers gegen die Heimatsparkasse oder -bank auf Auszahlung des Guthabens auf das Land Bremen über.

§ 5 Die empfangenen Beträge sind weder von den Empfängern noch von den Erben zurückzuerstatten.

§ 6 Gegen die Entscheidung des Wohlfahrtsamtes ist die sofortige Beschwerde an den Präsidenten des Senats zulässig. Die Entscheidung ist endgültig.

§ 7 Unrichtige Angaben des Antragstellers oder der Zeugen werden mit Gefängnis, in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bestraft. Neben einer dieser Strafen kann auf Geldstrafe erkannt werden.

§ 8 Mit der Durchführung dieses Gesetzes wird der Senator für das Wohlfahrtswesen beauftragt.

§ 9 Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung in Kraft.

Herr L i n g e n s schreibt mir

„Ich teile Ihnen mit, daß ich zugunsten des ersten Vizepräsidenten Herrn Friedrich Schulze mein Amt als Schriftführer der Bremischen Bürgerschaft niederlege.“

Herr Lingen, ich glaube, das geht nicht. Wenn Sie Ihr Amt niederlegen, dann muß an Ihrer Stelle eine Neuwahl erfolgen. Vielleicht überlegen die Herren sich diesen Fall; ich werde ihn dann bei passender Gelegenheit zur Verhandlung stellen.

Herr D e g e n e r stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Es liegen Unterlagen vor, daß Dänemark laufend jeden Monat ein größeres Quantum Schmalz

zum Export nach Deutschland freigestellt hat. Auf ein entsprechendes Angebot trat ein Bremer Kaufmann an das Staatliche Außenhandelskontor in Bremen heran, erhielt aber von diesem einen abschlägigen Bescheid, da die Militärregierung „nicht geneigt ist, auf dem Lebensmittelsektor andere Einfuhren vorzunehmen, als solche, die für die Grundernährung der Bevölkerung notwendig sind“.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, sofort bei der Militärregierung Schritte zu unternehmen, um die Einfuhr des so dringend benötigten Fettes zu ermöglichen.

Ich werde über die Frage der Dringlichkeit nach Punkt III der Tagesordnung abstimmen lassen.

Meine Damen und Herren! Die Insassen der Süddeutschen Internierungslager haben sich mit Klagen über ihre Unterbringung sowohl an die Fraktionen wie auch an mich gewandt. Die Fraktionsführer haben mich gebeten, hierzu einige Ausführungen zu machen. Da ich die Verhältnisse in den Internierungslagern persönlich nicht kenne, habe ich mich mit Herrn Senator Aevermann in Verbindung gesetzt, von dem ich weiß, daß er vollständig unbefangen ein Urteil abzugeben in der Lage ist.

Herr Senator Aevermann hat wie folgt berichtet: „Die Klagen von Insassen der Süddeutschen Internierungslager sind nach Informationen zu einem Teil durchaus begründet. Namentlich im Lager Darmstadt sind die Unterbringungsmöglichkeiten höchst unzulänglich. Die meisten Lagerinsassen sind in Zelten untergebracht und damit namentlich in einem Winter wie dem verfloßenen so stark der Kälte ausgesetzt gewesen, daß sie gesundheitlich geschädigt worden sind. Die Zahl der Krankheitsfälle ist darum groß. Es herrscht auch Mangel an Wäsche, wodurch der oben geschilderte Zustand noch verschlechtert wird.“

Die vielfachen Anträge von Häftlingen oder deren Angehörigen, die diese an bremische Dienststellen richten und in denen sie um Entlassung aus dem Lager bitten, können von Bremen aus nicht entschieden werden. Eine Entlassung aus den Lagern ist nur dann möglich, wenn eine Spruchkammer eine solche Entscheidung gefällt hat. Ferner können Entlassungen vorgenommen werden, wenn aus gesundheitlichen Gründen die Lagerunfähigkeit festgestellt worden ist. Die Entscheidung wird aber durch die örtlichen Instanzen bei den betreffenden Lagern gefällt.

In den Lagern der süddeutschen Zone befinden sich z. Z. etwa 600 Internierte, die aus dem Lande Bremen stammen. Es besteht sowohl bei der Militärregierung wie auch bei uns der gemeinsame Wunsch, diese Internierten zu den für sie vorgesehenen Spruchkammerverfahren nach Bremen zurückzuholen, da die Durchführung dieses Verfahrens am Wohnort auf erheblich weniger Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Informationen stößt, als wenn das Spruchkammerverfahren in Süddeutschland stattfindet.

Für die Unterbringung der Inhaftierten sind außer dem Domshofbunker die beiden Bunker am Bürgerpark, davon der erste aber nur zur Hälfte,

zur Verfügung gestellt worden. Die Herrichtung der Bunker für den genannten Zweck ist bereits in die Wege geleitet. Die Ausrüstung der Bunker kann durch die Polizeidirektion erfolgen. Ebenso ist geplant, die spätere Verwaltung, Bewachung, Verpflegung usw. der Polizeidirektion zu übertragen.

Von den genannten 600 Internierten können als erste Rate 300 nach Bremen überführt werden. Der Rest soll in weiteren Raten dann geholt werden, wenn durch den Fortgang des Spruchkammerverfahrens der genügende Platz jeweils geschaffen worden ist.

Für die Unterbringung der zu Arbeitslagern Verurteilten ist eine Beschäftigung entweder bei der Torfgewinnung oder bei der Trümmerbeseitigung vorgesehen.

Soweit der mir von Herrn Senator Aevermann gegebene Bericht. Gestatten Sie mir, daß ich noch einige persönliche Bemerkungen mache.

Wenn auch die Unterbringung in den Bunkern keine Lösung von Dauer sein kann und darf, so können jene, die sich an die Menschheit versündigt haben, sich glücklich schätzen, gegenüber jenen, die von ihnen oder unter ihrer Duldung in den Konzentrationslagern gequält worden sind und furchterlich gelitten haben. Wenn wir uns trotzdem gegen eine unmenschliche Behandlung wehren, so tun wir es nicht aus falsch verstandenem Mitleid, sondern weil unser Rechtsgefühl es einfach nicht zuläßt, „Gleiches mit Gleichem“ zu vergelten. Soll die Achtung vor dem Gesetz — ich spreche hier nicht vom formalen Recht, sondern von dem allgemein anerkannten Menschenrecht — wieder in Deutschland Einzug halten, dann ist es die besondere Aufgabe der Volkvertretung, Rechtsgeber und Rechtswahrer im besten Sinne zu sein.

Die Besatzungsmächte haben sich zum Ziel gesetzt, den Nationalsozialismus und Militarismus zu vernichten. Das gleiche Ziel verfolgt in seiner erdrückenden Mehrheit auch das deutsche Volk, hat es doch unter dem Nationalsozialismus und Militarismus selbst am meisten gelitten und auf keinen Fall eine Rückkehr, sei es auch unter anderen Namen und in anderer Form wünscht. Aber die politisch Belasteten noch lange in Ungewißheit zu lassen über ihr Schicksal, entspricht nicht dem deutschen Rechtsempfinden. Auch ist es nicht richtig, so viele Menschen untätig in Lagern festzuhalten, anstatt sie für den Wiederaufbau und die Wiedergutmachung einzusetzen.

Ich habe Herrn Senator Aevermann im Namen der Bürgerschaft gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß das Gesetz über die Befreiung vom Nationalsozialismus sobald wie möglich auch in Bremen verabschiedet wird und das Spruchkammerverfahren schnell vonstatten geht, damit auch in dieser Beziehung eine Ruhe in die Verwaltung und Wirtschaft wieder einzieht.

Wenn wir uns auf der einen Seite für ein schnelles und gerechtes Verfahren einsetzen, so müssen wir auf der anderen Seite von den ehemaligen Nationalsozialisten erwarten, daß sie alles daran setzen, durch Arbeit und innere Umkehr an der Schaffung

eines besseren Deutschlands mitzuhelfen. Wo hat es während der Zeit des nationalsozialistischen Regimes eine Möglichkeit gegeben, aus dem Konzentrationslager oder aus dem Gefängnis sich mit derartigen Gesuchen an öffentlichen Stellen zu wenden und dann bei diesen Gehör zu finden. Die aktiven Nationalsozialisten haben in Wirklichkeit den Anspruch auf das Recht verwirkt, weil sie selbst es anderen verwehrten. Wenn trotzdem heute von den Besatzungsmächten und den deutschen Stellen anders gehandelt und die Betroffenen nur von einem Gericht abgeurteilt werden sollen, so sollten die Nationalsozialisten daraus nur die einzige für sich günstige Lehre ziehen, sich vorbehaltlos dem neuen Deutschland zur Verfügung zu stellen.

Leider muß ich feststellen, daß schon heute wieder im politischen Kampf versucht wird, durch Ausstreuung falscher Gerüchte, deren Herkunft sehr leicht zu erraten ist, politisch führende Männer persönlich zu verunglimpfen und bis zum Fememord ist dann kein weiter Weg mehr. Diesen Dingen werden wir nicht lange tatenlos zusehen. Wer mit der ihm gegebenen Freiheit nicht umzugehen versteht, muß wissen, daß sie ihm dann auch nicht gehört. Er darf sich nicht auf das Recht berufen, welches er selbst mißachtet. (Lebhafter Beifall.)

Wir treten in unsere Tagesordnung ein. Vorher aber möchte ich fragen, ob die Herren sich darüber geeinigt haben, wen sie als Ersatz für Herrn Lingens als Schriftführer der Bürgerschaft vorschlagen.

Herr Bote (BDV.): Ich schlage Herrn Heldmann vor.

Präsident: Erfolgen weitere Vorschläge? Das ist nicht der Fall; dann erkläre ich Herrn Heldmann als Schriftführer der Bürgerschaft gewählt.

### I. Mitteilung des Senats vom 21. März 1947:

#### Gesetz zur Überleitung des Strafverfügungsrechts der Polizei auf die Gerichte.

Präsident: Ich nehme an, daß die Bürgerschaft mit einer einmaligen Lesung dieses Gesetzes einverstanden ist. Ich höre keinen Widerspruch.

Das Gesetz wird in einmaliger Lesung angenommen.

### II. Mitteilung des Senats vom 1. April 1947:

#### 1. Übertragung von Zuständigkeiten der Bürgerschaft nach Artikel 20 des Verfassungsentwurfs auf die Finanzdeputation.

Herr Engel (SPD.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da wir der Meinung sind, daß die Frage der Ermächtigungen, wie sie in dieser Vorlage gefordert werden, eingehend geprüft werden sollte, beantragen wir:

Die Bürgerschaft tritt dem Beschlusse der Finanzdeputation bei mit der Maßgabe, daß die Ermächtigungen gemäß Buchstaben a) und b) nur für das Haushaltsjahr 1946 Gültigkeit haben.

Der Antrag Engel wird angenommen.

#### 2. Gesetz über die Errichtung der Landeszentralbank von Bremen.

Die Mitteilung wird dankend entgegengenommen.

Präsident: Herr Heldmann, darf ich Sie bitten, jetzt an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Lingens Ihre Tätigkeit als Schriftführer der Bürgerschaft aufzunehmen? (Herr Bote: Herr Heldmann ist augenblicklich nicht da, er ist entschuldigt!) Na, dann muß es auch so gehen!

### III. Mitteilung des Senats vom 3. April 1947:

#### 1. Wiederaufnahme des Zinsen- und Tilgungsdienstes der bremischen Staatsschulden.

Herr Stepbach (FDP.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir von der FDP. stimmen selbstverständlich der Vorlage zu. Ich darf aber sagen, daß der größte Teil der Einwohner Bremens es nicht versteht, daß jetzt der Zinsen- und Tilgungsdienst der bremischen Staatsschulden wieder aufgenommen werden soll, zumal wir ja gar nicht wissen, in wessen Hände diese Staatsschulden eigentlich liegen, bestimmt nicht in Händen der kleinen Leute, sondern in Bank- und Sparkassenhände. Ferner können diejenigen unserer Mitbürger, die durch das Naziregime und durch den Krieg und Nachkriegszeit die größten Nachteile erlitten haben, es nicht verstehen, daß sie bisher noch keinen Pfennig Entschädigung für Bombenschäden, Nutzungsschäden usw. erhalten haben, daß auf der andern Seite aber die Inhaber von Staatspapieren mit Zinsen, und zwar rückwirkend, wieder bedacht werden. Es ist auch den Haus- und Grundbesitzern unverständlich, daß sie heute noch für ihre zerbombten Häuser Abgaben und Hypothekenzinsen zahlen müssen, obwohl sie daraus keine Einnahmen mehr haben, für diese Häuser und Häuschen, die sie früher einmal mühsam erworben haben, um für ihr Alter einmal ein paar Pfennige daraus über zu haben. Es ist weiter nicht zu verstehen, daß für die Staatshypothen, die seinerzeit, 1926, 1927, 1928 in diese Häuser gegeben worden sind, und die bisher mit 4% zu verzinsen waren, mit einem Mal 4 1/2% Zinsen gezahlt werden müssen, also 1/2% mehr. Alle diese Menschen fragen sich heute: Wie kann es möglich sein, daß wir so hinten an gesetzt werden, und daß auf der andern Seite diejenigen, die im Besitz der Staatspapiere sind, die sie sich also haben kaufen können, vom Staat jetzt die Zinsen dafür wieder bekommen? Dieser Umstand wird uns Veranlassung geben, das nächste Mal in der Finanzdeputation den Antrag zu stellen, einmal zu untersuchen, ob es nicht möglich ist, den durch Krieg und Naziregiment geschädigten Haus- und Grundbesitzern eine Entschädigung zu zahlen für die Verluste, die sie gehabt haben.

Herr Rafoth (KPD.): Die Vorlage ist in der Finanzdeputation nur recht flüchtig behandelt worden. Meine Fraktion hat dazu Stellung genommen mit folgendem Ergebnis: Für die Kreditwürdigkeit Bremens ist die Aufnahme des Zinsen- und Tilgungsdienstes der bremischen Staatsschulden wichtig. Wir können jedoch angesichts der großen Not, die in der bremischen Bevölkerung herrscht, nicht ohne weiteres einsehen, daß der Zinsen- und Tilgungsdienst für die bremischen Staatsschulden aufgenommen wird, während die kleinen Sparer auf ihre Zinsen verzichten müssen. Es kommt hinzu, daß, wie Herr Stepbach ganz richtig sagt, noch keineswegs feststeht, wer Nutznießer dieser Zinsen und Tilgungsbeträge ist bzw. in wessen Hand sich die Anleihen

befinden, für die Bremen Zinsen zahlen soll. Wir beantragen daher,

die Vorlage an die Finanzdeputation zurückzuweisen,

um der Finanzdeputation Gelegenheit zu geben, zu prüfen, ob eine Zinszahlung für die kleinen Sparkonten bei der Bremischen Sparkasse möglich ist und eine Besserstellung auch für die Hypotheken der kleinen Hausbesitzer ermöglicht werden kann, um in Verbindung hiermit erneut zu dem Tilgungs- und Zinsendienst des Bremischen Staates Stellung zu nehmen.

Herr Engel (SPD.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Neben der allgemeinen Zinszahlung war bisher auch die Zinszahlung für den Anleihe- dienst der städtischen Gemeinden durch Verfügung der Militärregierung untersagt. Lediglich für die Zinszahlung für den Anleihe- dienst der Gemeinden ist jetzt im amerikanischen Sektor die Genehmigung seitens der Militärregierung erteilt worden. Meines Erachtens ist das Land Bremen genötigt, zur Erfüllung seiner zukünftigen großen Aufgaben, weiterhin Anleihen aufzunehmen. Daher halte ich es für dringend erforderlich, das Vertrauen zur Kreditwürdigkeit des Landes Bremen wiederherzustellen und bitte daher das Haus, der Vorlage zuzustimmen.

Die Gesamtverpflichtung an Staatsschulden seitens des Bremischen Staates betragen etwa 120 Millionen RM. Von diesen sind Gläubiger u. a. einmal das Reich und vom Reich abhängige Unternehmen mit etwa 6 Millionen, Bankinstitute mit 22 Millionen, Sparkassen mit etwa 7 Millionen, Angestellten- und Invalidenversicherung mit 1 1/2 Millionen, Versicherungsgesellschaften mit 13 Millionen, der Umschuldungsverband deutscher Gemeinden mit etwa 60 Millionen RM. Ich bitte daher nochmals, der Vorlage zuzustimmen.

Der Antrag Rafoth wird abgelehnt.

Die Mitteilung des Senats wird dankend entgegengenommen.

## 2. Änderung des Gesetzes über die Ortsämter und Außenstellen der bremischen Verwaltung.

Präsident: Ich nehme an, daß die Bürgerschaft einverstanden ist, daß wir auch dieses Gesetz in einmaliger Lesung verabschieden.

Das Gesetz wird in einmaliger Lesung angenommen.

Präsident: Dann können wir wohl jetzt über den Dringlichkeitsantrag des Herrn Degener verhandeln.

(Wortlaut siehe Seite 172)

Ich bitte Herrn Degener, die Dringlichkeit zu begründen.

Herr Degener (CDU.): Die dänische Regierung hat eine bestimmte Menge Fett für die Einfuhr nach Deutschland freigegeben. Diese Mangelware ist nur kurzfristig greifbar und kann in wenigen Tagen vergeben sein. Daraus ergibt sich die Dringlichkeit.

Die Dringlichkeit wird einstimmig beschlossen.

Herr Degener (CDU.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ernährungslage unseres Volkes hat sich laufend verschlechtert, nicht nur, daß die

Qualität der Nahrungsmittel in der letzten Zeit gesunken ist, die Mengen, die uns kontingentsmäßig zur Verfügung stehen sollten, sind nicht immer greifbar, und die Dauer der Unterernährung, der wir unterworfen sind, macht sich im Gesundheitszustand der Bevölkerung immer schlimmer bemerkbar. Mir ist erstmalig der Begriff der Grundernährung bekannt geworden, der Fette, Eiweißstoffe usw., die der menschliche Körper zu seinem Aufbau unbedingt braucht, fast ausschließt. Sie wissen auch, daß der Begriff der Kalorien sehr umstritten ist.

Ist nun alles, was an Not auf uns lastet, eine Folge des Krieges? Gewiß. Aber ich bin der Meinung, wir sollten von diesem Satz nur einen beschränkten Gebrauch machen, denn er ist ungenau. Die Not, unter der wir leiden, ist eine unmittelbare Folge der politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, die seitens der Besatzungsmächte nach der Kapitulation vorgenommen wurden. Es ist wohl unbestritten, daß, wenn man uns das Ostgebiet gelassen hätte, wir ernährungspolitisch bei sehr bescheidenen Ansprüchen immerhin gesichert und unabhängig gewesen wären, daß wir nicht Kostgänger irgendeiner oder mehrerer Besatzungsmächte hätten sein brauchen. Rußland sowohl wie Polen verfügen über durchaus ausreichende Ernährungsflächen. Man kann daher nicht sagen, daß diese Maßnahmen aus besonderen ernährungspolitischen Gründen für eines der beiden Völker notwendig gewesen wären. Man hat unsere Wirtschaft demontiert und die Zonengrenzen bis heute nicht aufgehoben, die Wirtschaftseinheit, die eine gewisse Linderung der Lage hätte bringen können, ist nicht durchgeführt worden. Also diese Einengung unserer Ernährungsfläche und die Zerstörung unserer Wirtschaft sind die letzten Ursachen der Lage, in der wir uns befinden. Man kann durchaus darüber streiten, ob diese Maßnahmen notwendig waren, um die Ansprüche der Besatzungsmächte nach Sicherheit und Reparationen zu erfüllen. Man kann durchaus der Meinung sein, daß man andere Wege hätte beschreiten können, um diese nach unserer Ansicht berechtigten Ansprüche zu befriedigen. Ich will nicht darauf eingehen, daß einzelne Maßnahmen auch im Widerspruch zur Atlantik Charta stehen. Im deutschen Volk glaubt man, daß diese den Weg der vierzehn Punkte Wilsons gehen wird.

Bei dieser Lage ist es tief bedauerlich, daß man deutschen Behörden die Verantwortung für diese Lage übertragen möchte, trotzdem den deutschen Behörden die Vollmachten fehlen, um richtig durchzugreifen und trotzdem sie nach unserer Ansicht gar nicht in der Lage sind, bei der völligen Veränderung unserer materiellen Lebensgrundlagen ohne fremde Hilfe eine durchgreifende Änderung auch nur herbeizuführen, und zwar weder auf dem ernährungspolitischen noch auf wirtschaftspolitischen Gebiet. Der einzige Besitz, über den wir noch verfügen, ist unsere Arbeitskraft, die durch Unterernährung allzusehr geschwächt ist. Die Erhaltung unserer Arbeitskraft bedingt eine grundlegende Besserung der Ernährungslage.

Bisher ist das deutsche Volk der Meinung gewesen, daß es hungert, weil es in der Welt an der genügenden Nahrungsmittelmengemenge fehlt. Es kommt

aber nachgerade zu der Überzeugung, daß es hungert, weil es zahlungsunfähig ist. Sie wissen, daß Holland 600 000 Tonnen Kartoffel freigemacht hatte und daß dann ein Verbot zur Ausfuhr erging. Vor mir liegt hier ein Ausschnitt der Zeitschrift „Sie“, Berlin, ein Abdruck aus einer Schweizer Zeitung mit dem schönen Titel „Schweizer Leckerli“. Darin befindet sich ein Inserat, nach dem Zucker, Mehl und Reis sofort greifbar sind, und zwar 100 000 Tonnen, gegen Schweizer Franken. Nun kommt dazu das Angebot, das einem unserer Mitglieder, einem Bremer Kaufmann, gemacht worden ist aus Dänemark, daß sofort 500 Tonnen Schmalz greifbar sind, daß die dänische Regierung bereit ist, eine monatlich begrenzte Menge an Fett für Deutschland freizugeben. Das Landesernährungsamt ist darum angegangen worden, diese Einfuhr zu gestatten. Dieses hat den Bremer Kaufmann an das Staatliche Außenhandelskontor in Bremen, Rembertistraße, verwiesen. Er hat nun von dort auf seinen Antrag folgende Mitteilung erhalten:

„Wie Sie aus der Anlage ersehen wollen, hat sich die Lage hinsichtlich der Liebesgabenversendung seit meinem letzten Bericht nicht gebessert, aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, über kurz oder lang meine Absichten doch verwirklichen zu können, zumal die zuständige Behörde den von mir beabsichtigten Export, wegen der dadurch hereinkommenden wertvollen Devisen, gern unterstützen möchte, aber im Augenblick wegen gewissen außenpolitischen Bindungen nicht kann.“

Dagegen hat sich dieser Tage der erste Schritt zur Einschaltung des Exporthandels dadurch gezeigt, daß von der Regierung den Exporteuren „500 tons Schmalz zum Export angeboten wurden zum Preise von dkr. 612.— 0/0 Kg fob gegen Rembours in Dollar, Sterling oder schw. Frs, prompte Lieferung.“

Wenn Sie Käufer anschaffen könnten, die Zahlungsbedingung zu erfüllen, dann ließe sich ein Geschäft machen. Da von jetzt ab dem inländischen Konsum kein Schmalz mehr zugeteilt wird, um den Export zu erhöhen, so ist damit zu rechnen, daß von jetzt ab laufend jeden Monat ein größeres Quantum Schmalz freigegeben wird.“

Da taucht der Begriff der Grundernährung auf. Und deshalb sagte ich, das deutsche Volk muß zu der Ansicht kommen, daß es hungern muß, weil es zahlungsunfähig ist. Das Geld steht höher als das Leben. Man hat im Krieg Pacht- und Leihverträge geschlossen, um die Lieferung der Rüstungen zu ermöglichen, die dazu dienen sollten, den Krieg zu beenden. Humanität und Menschlichkeit in der Welt zu sichern und den Völkern die Freiheit zu geben. Das letzte Ziel, den Völkern die Freiheit zu geben, ist leider nicht einmal erreicht worden.

Die Verhandlungen in Moskau scheinen zu Ende zu gehen, ohne daß eine Aufhebung der Zonen-grenzen erfolgen wird, die wirtschaftliche Einheit hergestellt wird, eine Währungsreform erfolgt usw. Unsere Lage kann also, wenn man politisch die Dinge betrachtet, kaum zur Zeit gebessert werden. Aber ich wiederhole: So, wie die Dinge jetzt in Deutschland auf dem Gebiet der Volksernährung liegen, so dürfen sie nicht bleiben. Ich habe das

schon einmal zum Ausdruck gebracht: Wenn die Dinge so weiterlaufen, dann stehen die Besatzungsmächte und wir am Grabe unserer Hoffnungen, dann wird es uns nicht gelingen, demokratische Gesichtspunkte in unser neues Staatsleben zu bringen und zu gewährleisten, daß die Hoffnung auf einen dauernden Frieden gesichert wird. Es nützt auch wenig, wenn man jetzt seitens der Besatzungsmächte die Arbeit, die von diesen auf diesem Gebiet geleistet worden ist, in den Vordergrund stellt, es kommt darauf an, die materiellen Lebensgrundlagen ausreichend zu sichern und uns die Vollmachten und die Möglichkeiten dafür zu geben. Es genügt auch nicht das Bescheidene, was man bis jetzt getan hat. Die Handelskammer in Hamburg hat kürzlich veröffentlicht, daß wir Exportgüter im Werte von 8 bis 10 Milliarden Mark pro Jahr auf den Weltmarkt werfen müßten, wenn wir einen bescheidenen Lebensstandard für 66 Millionen Menschen sichern wollen. Ich sage ganz bewußt: Es muß grundsätzlich mehr geschehen. Es muß eine ganz neue Politik auf weite Sicht gemacht werden. Und man sollte sich überlegen, ob man zur Erhaltung eines 66-Millionen-Volkes nicht Pacht- und Leihverträge zur Einfuhr von Lebensmitteln schließen sollte, die dieses Volk gewillt ist, unter Einsatz seiner letzten Arbeitskraft mit Zins und Zinseszins einmal zu tilgen.

Ich bitte den Senat, alles zu tun, um die Möglichkeiten, die auf diesem Gebiet, insbesondere aus den nächstumliegenden Ländern möglich sind, auszunutzen und der Militärregierung gegenüber zu sagen, welche Gefahren bei der Nichterfüllung dieser rechtlichen Ansprüche für unsere völkische und politische Lage bestehen. (Beifall)

Herr Stockhinger (SPD.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn der Vorredner darauf hingewiesen hat, daß das Bestehen der Zonen-grenzen einen Teil der Schuld daran trägt, daß die Ernährung des deutschen Volkes aus eigenen Kräften unmöglich gemacht worden ist, so stimme ich ihm restlos zu. Das deutsche Volk hat von Konferenz zu Konferenz, von Ministerbesprechung zu Ministerbesprechung gehofft und gewünscht, daß endlich dieser unglückselige Zustand ein Ende finden möchte. Unsere Hoffnungen, die wir an Moskau geknüpft haben, waren wirklich nicht sehr hoch geschraubt. Ich kann heute aber wohl behaupten, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen, wenn ich sage, auch der geringste Hoffnungsschimmer ist uns genommen worden. Und wir hoffen weiter. Und jetzt hat man uns weiter mitgeteilt, daß wahrscheinlich die nächste Konferenz erst im Oktober stattfindet. Das bedeutet, daß zumindest bis dahin wahrscheinlich überhaupt keine Änderung der bestehenden Zustände eintritt. Und wenn wir dann so eine Mitteilung bekommen, wie Herr Degener sie gemacht hat, daß unsere nächsten Nachbarländer uns anbieten, die deutsche Not zu lindern und wenn wir dann sehen, daß die Besatzungsmächte, man weiß nicht aus welchen Motiven heraus, diese Lieferungsmöglichkeit unterbinden, dann weiß man nicht mehr, was man dem deutschen Volke sagen soll, besonders wenn die Besatzungsmächte erklären lassen, die Schuld der katastrophalen Ernährungslage im deutschen Volk liege bei den deutschen Stellen.

Ich  
gan  
sein  
Stell  
fähig  
Ich b  
gene  
gersc  
die M  
aller

De  
mig a

IV. F

Fra  
und I  
viele  
diese  
das d  
dem  
ihre J  
sucht  
Proze  
wir v  
vorst  
Moon  
verst

Wi  
nicht  
stellt  
eine  
Verg  
benar  
gearb  
war  
eines  
um ih  
ten s  
Freun  
die I  
nicht  
Er ma  
und v

Ma  
treue  
schlä  
suche  
frem  
hier  
Lage  
geben  
weist  
engte  
dazu  
linge  
ständ  
gleich  
werd  
ben  
nehm  
Flüch

Ve  
Mens  
Zahle

Ich freue mich außerordentlich, daß Herr Degener ganz klar zum Ausdruck gebracht hat, daß auch seine Überzeugung dahin geht, daß die deutschen Stellen bei den ihnen gegebenen Möglichkeiten unfähig sein müssen, eine Änderung herbeizuführen. Ich bin der Ansicht, daß der Antrag des Herrn Degener ohne weitere Debatte von der gesamten Bürgerschaft beschlossen werden muß, um dem Senat die Möglichkeit zu geben, die Tatsachen einmal in aller Öffentlichkeit klarzustellen.

Der Dringlichkeitsantrag Degener wird einstimmig angenommen.

#### IV. Fragen des Flüchtlingswesens im Lande Bremen.

Senatskommissar Frau Senator Popall

Frau Senator Popall: Herr Präsident, meine Herren und Damen! Flüchtling, wie viel Not und Elend, wie viele Tränen und vor allem wie viel Heimweh umfaßt dieser Begriff, Heimweh, das immer wieder kommt, das die Menschen packt und schüttelt, Sehnsucht nach dem Stückchen Erde, auf dem sie geboren sind und ihre Jugend verlebten. Besonders groß ist diese Sehnsucht bei den alten Leuten, die gerade einen großen Prozentsatz der Flüchtlinge ausmachen. Und wenn wir uns einen alten Fischer von der Ostseeküste vorstellen, der heute in einer engen Baracke im Moor wohnen muß, so können wir diese Sehnsucht verstehen.

Wirtschaftlich geht es den meisten Flüchtlingen nicht schlechter als den Ausgebombten und deshalb stellt man sie auch oft mit den Ausgebombten auf eine Stufe, doch nach meiner Meinung hinkt dieser Vergleich. Der Ausgebombte, der nach einem Bombenangriff sein Heim, für das er sein Leben lang gearbeitet hatte, als Trümmerhaufen wieder fand, war bestimmt in einer verzweifelten Lage, aber eines blieb ihm, die Heimat. Er kannte die Menschen um ihn herum; sie sprachen seinen Dialekt und hatten seine Mentalität. Es blieben ihm sogar noch Freunde und Verwandte, die ihm halfen, wieder auf die Beine zu kommen. Der Flüchtling aber verlor nicht nur sein Heim, sondern auch seine Heimat. Er mußte fliehen in eine Gegend, die ihm fremd war und wo er niemand kannte.

Manchmal, wenn wir, die wir die Flüchtlinge betreuen, weiter nichts geben können als gute Ratschläge, eventuell diesen oder jenen Weg zu versuchen, bekommen wir die Antwort: „Ich bin hier fremd und das macht alles so schwer.“ Wir, die wir hier beheimatet sind, müssen versuchen, uns in die Lage der Flüchtlinge hineinzudenken. Gewiß ergeben sich große Schwierigkeiten durch die Einweisung der Flüchtlinge in den sowieso schon beengten Wohnraum, doch ich denke, das darf niemals dazu führen, eine feindselige Haltung den Flüchtlingen gegenüber einzunehmen. Wenn wir Verständnis für die Flüchtlinge aufbringen und ihnen gleiche Rechte wie der übrigen Bevölkerung geben, werden sie auch Verständnis für unsere Sorgen haben und bereit sein, gleiche Pflichten zu übernehmen. Ich bin nicht der Meinung, daß sich ein Flüchtling nie eingliedern läßt.

Verstehen wir doch, daß die Flucht manchen Menschen vollkommen entwürzelt hat. Ein paar Zahlen beweisen das. Bis zum 31. Dezember 1946

wurden in Bremen 118 000 Flüchtlinge durchgeschleust, von denen nur 44 000 sich das erste Mal in der Flüchtlingsbetreuungsstelle meldeten. Alle anderen waren hier schon öfter gewesen. Sie sind manchmal schon jahrelang unterwegs und kommen hier an voller Krankheiten, voller Ungeziefer, vom Schwarzhandel lebend, verwahrlost und verelendet. Die Anhänger der Verelendungstheorie glauben, daß das Elend den Kampfgeist im Menschen wachrufen muß. Ich halte das für einen Irrtum. Es gibt eine ganz bestimmte Grenze. Wenn der Mensch diese Grenze überschritten hat, bringt er die Kraft, sich aufzuraffen, überhaupt nicht mehr auf. Auf diesen Stand ist ein großer Teil der Flüchtlinge angekommen. Dabei taucht gleich die Frage auf, wer ist überhaupt Flüchtling? In verschiedenen Ländern ist auf Anordnung der Militärregierung ein Gesetz verkündet, welches den Begriff Flüchtling ganz fest umreißt, und zwar gelten als Flüchtling nur diejenigen, die am 1. Januar 1945 ihren dauernden Wohnsitz außerhalb der Grenzen des deutschen Reiches hatten oder östlich der Oder und Görlitzer Neiße. Die von dort ausgewiesen, geflüchtet, oder die aus der Kriegsgefangenschaft entlassen in dieses Gebiet nicht zurückkehren können. Alle anderen sind Evakuierte und fallen nicht unter den Begriff Flüchtling. Dieser Festlegung des Begriffes Flüchtling planen auch wir uns in Bremen anzuschließen. Außerdem ist im Länderrat ein Gesetz in Vorbereitung, welches die Ansprüche der Flüchtlinge aus der Sozialversicherung regelt. Dieses Gesetz steht demnächst auch in Bremen zur Debatte.

Bremen ist an sich kein Aufnahmegebiet für Flüchtlinge, sondern nur Durchgangsstation. Trotzdem sind im Laufe der Zeit 29 000 Flüchtlinge hier zurückgeblieben. 1945 wurde in der Nähe des Bahnhofes, in der ehemaligen Wehrmachtsbetreuungsstelle buchstäblich aus dem Nichts heraus eine Flüchtlingsbetreuungsstelle eingerichtet. In verwahrlosten Räumen, ohne Fenster, ohne Tische und Stühle und ohne Kochstelle. Wenn ich Ihnen sage, daß in den ersten Tagen die dort tätigen Fürsorgerrinnen in die Nachbarhäuser gehen mußten, um mit geliehenem Geschirr wenigstens eine warme Mahlzeit für die Flüchtlingskinder herzurichten, dann haben Sie ein Bild davon, wie primitiv die Flüchtlingsbetreuungsstelle in Bremen begann. Heute hält die Flüchtlingsbetreuungsstelle jeden Vergleich mit den Betreuungsstellen anderer Städte aus. Das war nur möglich durch aufopferungsvolle Arbeit aller Mitarbeiter und durch gute Unterstützung aller Behörden. Es kommt sogar vor, daß Flüchtlinge, die von hier nach dem Lager Uelzen unterwegs sind, und irgendwo wegen der schlechten Zugverbindung nicht weiterkommen, plötzlich abends im Flüchtlingsamt erscheinen und bitten, sie doch hier noch einmal übernachten zu lassen.

Im Moment haben wir in der Flüchtlingsbetreuungsstelle 60 Betten für Frauen und 110 Betten für Männer. Jeder Flüchtling geht erst durch die Desinfektionsanstalt, die ja gleich neben der Betreuungsstelle liegt und die auch Bademöglichkeiten hat. Auch die Schlafsäle, sämtliche Fußböden, sowie die Wolldecken, die die Flüchtlinge leihweise erhalten, werden laufend desinfiziert. In der großen Halle der Betreuungsstelle in der Gustav-Deetjen-Allee, die in diesem Winter auch vielen Bremern als Wärmehalle

diente, bekommen die Flüchtlinge am Schalter gleich Lebensmittelkarten und können dort an Tischen ihre warme Mahlzeit essen, die die vorhandene Küche ausgibt. Durch eine dort befindliche Kartei, in der alle Flüchtlinge registriert sind, die jemals in Bremen durchliefen, besteht die Möglichkeit, nach den Angehörigen zu forschen. In der ersten Zeit war das Flüchtlingsamt nur in der Lage, die Menschen hier einige Tage zu betreuen, um sie dann ziellos weiter zu schicken. Später wurden Abkommen mit den Kreisflüchtlingsämtern getroffen und es erfolgten Einweisungen in die Gebiete der näheren Umgebung. Bald aber war der Zustrom so gewaltig, daß diese Gebiete überfüllt waren. Heute kommen die Flüchtlinge von hier aus zum Sammellager Uelzen und werden von dort weitergeleitet. Ihr Weg in die neue Heimat ist manches Mal noch recht dornenvoll. Das Land Hannover z. B. ist derart überschwemmt von echten und sogenannten unechten Flüchtlingen, daß diese meistens nur in großen Massenquartieren auf einer Strohschütte Unterkunft finden. Auch in der amerikanischen Zone waren bei der Kapitulation schon eine Million Flüchtlinge, zu denen noch 2,8 Millionen Ausgewiesene hinzukamen. Das zeigt die ganze Schwere des Problems und es ist klar, daß hierbei die Zusammenarbeit aller Länder und Zonen notwendig ist.

Die 29 000 Flüchtlinge in Bremen sind bis auf 600 in der übrigen Bevölkerung untergetaucht und kommen nur noch ab und zu zur Betreuungsstelle, um sich irgendeinen Rat zu holen. 600 sind noch im Lager, und zwar im Riespot und in Lemwerder. Die 400 Danziger im Lager Riespot wurden eines Tages aus dem Lager am Schwarzen Weg herausgesetzt, weil sie nicht für Polen optieren wollten. Das Wohlfahrtsamt brachte sie dann zum Riespot, dem ehemaligen Konzentrationslager von Weser-Flug.

Auch hier war so gut wie nichts vorhanden, genau wie im Lager Lemwerder. Die Umgebung des Lagers Riespot wirkte noch besonders deprimierend auf die Flüchtlinge, denn das Lager befindet sich inmitten eines öden, sandigen Geländes. Als im Vorjahr der Vertrauensmann des Lagers, der von den Flüchtlingen selbst gewählt wurde, anfang, sich einen Garten anzulegen, lachten die anderen ihn aus. Auch der Vorschlag des Wohlfahrtsamtes, durch das Gartenbauamt feste und harte Gräser anzupflanzen, wurde von den Flüchtlingen abgelehnt. Ihr Wunsch ging nur dahin, hier weg und zurück nach Hause.

Das Hochbauamt machte oft vergebliche Arbeit, denn das, was man am Tage aufbaute, wurde nachts zu Feuerholz. Es ist verständlich, daß nach dem Leidensweg der Flüchtlinge sich nicht jeder sofort zusammenreißen konnte und gewillt war, mit anzupacken. Erst langsam mußte der Flüchtling das Vertrauen zu sich selbst und zu anderen wieder zurückgewinnen.

In diesem Jahr hat sich das Bild und die Stimmung im Riespot schon geändert. Man sieht bereits eine Reihe von Gärten. Es gibt schon Gemeinschaftsarbeit, um auf dem Gesamtgelände Ordnung zu schaffen, es wurde wegen des weiten Schulweges für die unteren Klassen im Lager eine Schule eingerichtet. Ist es nicht erfreulich, wenn der Vertrauensmann des Lagers vor kurzem in einem Be-

richt schreiben konnte: „Wir haben den Mut zum Wiederaufbau wiedergefunden und wünschen uns mit der Bremer Bevölkerung gutzustellen“. Vor einem Jahr konnte man diese Worte im Lager noch nicht hören. Jetzt kann man feststellen, daß die Flüchtlinge auf dem besten Wege sind, sich einzugliedern, daß sie sich langsam zurechtfinden in ihrem neuen Leben, in das sie durch die Schuld der Hitler-Regierung hineingezwungen wurden.

Noch vieles ist im Riespot zu tun. Es gibt große Mängel bei den Klosettanlagen, bei der Müllabfuhr, bei der Wasserversorgung usw. Der Ausschuß für Flüchtlingsfragen, in dem 50 Prozent Flüchtlinge sitzen, hat kürzlich gemeinsam mit Herrn Senator Theil und Herren vom Hochbauamt erneut eine Besichtigung des ganzen Lagers vorgenommen, um diese Mängel endgültig zu beseitigen.

In Lemwerder sind 230 Flüchtlinge. Auch hier ist, besonders in hygienischer Hinsicht, noch viel zu tun. Das liegt mit daran, daß beide Lager ursprünglich von Weser-Flug für Gefangene und Zwangsarbeiter angelegt waren. Die Kosten, die die Stadt schon hineingesteckt hat, um dort menschenwürdige Unterkünfte zu schaffen, sind enorm hoch und weit höher als für feste Häuserblocks. Auch rechtlich gibt es in beiden Lagern noch verschiedenes zu regeln. Beide gehören immer noch zu Weser-Flug und während der Boden, auf dem das Lager Riespot steht, dem Bremer Staat gehört, ist Grund und Boden von Lemwerder oldenburgisch. Wünschenswert ist es, daß die Bürgerschaftskommission, die die Angelegenheit Weser-Flug untersucht, bald zu einem Ergebnis kommt, denn damit entscheidet sich auch endgültig die rechtliche Stellung dieser beiden Lager.

Im Riespot und in Lemwerder sind die Familien einzeln untergebracht und sämtliche arbeitseinsatzfähigen Flüchtlinge in Arbeit. Was das bedeutet, wird einem ganz klar, wenn man z. B. von Bayern hört, daß dort ca. 100 000 Flüchtlinge in Not- und Massenquartieren wohnen und außerdem 41 Prozent der Erwerbslosen ausmachen.

Auch die privaten Wohlfahrtsverbände helfen in dankenswerter Weise mit, die Not der Flüchtlinge zu lindern und manche Träne zu trocknen. Selbstverständlich kann es sich bei aller Hilfe immer nur um eine Linderung, nicht um eine Überwindung der Not handeln. Die Not der Flüchtlinge kann nur zusammen mit der allgemeinen Not der Bevölkerung verschwinden. Deshalb liegt es auch im Interesse der Flüchtlinge, mitzuhelfen, die allgemeine Not zu beseitigen.

Ich halte die allgemeine Lösung des Flüchtlingsproblems für eine innerpolitisch wichtige Frage. Man muß sehen, daß ein Teil der Flüchtlinge trotz allem vorläufig noch wie eine Art Sauerteig im Staate wirkt und die Demokratie dadurch gefährdet. Besonders diejenigen, die schon das dritte Jahr suchend quer durch Deutschland wandern und nirgends Ruhe finden. Ein großer Teil der verwahrlosten Jugend kommt ebenfalls aus dieser Gruppe Menschen und gefährdet die anderen Jugendlichen. Die Zusammenführung der Familien hat auch in diesem Zusammenhang gesehen für die Flüchtlinge besondere Bedeutung.

Auf der anderen Seite gibt es Einheimische, die einen völlig rückständigen Standpunkt den Flüchtlingen gegenüber einnehmen. Diese beiden Auffassungen prallen dann zusammen und bewirken unliebsame Störungen des Zusammenlebens.

Außer dieser innerpolitischen Gefahr sehe ich auch eine außenpolitische. Wenn wir nicht einen Weg finden, um diese entwurzelten Menschen wieder zu verwurzeln. Trotzdem wir in Bremen in bezug auf die Eingliederung einen erfreulichen Umschwung feststellen können, taucht doch bei den Flüchtlingen immer wieder die eine Frage auf: „Wann kommen wir nach Hause?“ Die Flüchtlinge des Lagers Riespot z. B., die mit am längsten hier sind, tragen stolz das Abzeichen ihrer Heimat, des Freistaates Danzig.

Wann können wir nach Hause? Wenn man mich so fragt, dann antworte ich immer: „Das hängt davon ab, wann wir ein einheitliches Deutschland, mit einer starken Zentralregierung haben, die vom Ausland als vollwertiger Verhandlungspartner angesehen wird. Wenn Deutschland Anspruch darauf erhebt, das Vertrauen des Auslandes zu besitzen, muß es entnazifiziert und demokratisch sein. Dieses Ziel erreichen wir nur in gemeinsamer Arbeit. Flüchtlinge und Einheimische. Und erst dann kann die Frage der Grenzregulierung und Rückkehr in die Heimat am Verhandlungstisch von Deutschland aus mit Aussicht auf Erfolg angeschnitten werden.“

Wir sind von uns aus bemüht, in diesem Sinne zu wirken und inzwischen die Not der Flüchtlinge in Bremen zu lindern und Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen.

Mögen die Flüchtlinge, besonders diejenigen, die nicht mehr in Baracken, sondern schon in festen Häusern wohnen, sich ein Beispiel an dem Geist im Lager Riespot nehmen, wo man trotz aller Not sagt: „Wir haben den Mut zum Wiederaufbau wiedergefunden und wünschen uns mit der Bremer Bevölkerung gutzustellen.“ (Lebhafter Beifall.)

**Präsident:** Ich danke Frau Senator Popall für ihre Ausführungen.

**Herr Müller (CDU):** zur Geschäftsordnung: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte fragen, ob die Bürgerschaft nicht die Möglichkeit hat, zu der von Frau Senator Popall angeschnittenen Frage Stellung zu nehmen.

**Präsident:** Der Fall liegt so, daß in der interfraktionellen Besprechung vereinbart worden ist, über diese Frage eine Debatte nicht zu eröffnen. Es hätte sich ja auch niemand dazu zum Wort gemeldet, auch nicht zur Geschäftsordnung. Wenn trotzdem eine Debatte gewünscht werden sollte — (Herr Müller: Nicht für heute!), so muß ich darüber abstimmen lassen. Wer dafür ist, daß über die Flüchtlingsfrage eine Aussprache auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt wird, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben. — Das ist abgelehnt.

#### V. Wahl eines Vertreters in den parlamentarischen Rat beim Länderrat.

**Präsident:** Ich bin gebeten worden, die Wahl heute auszusetzen. Dieser Punkt kommt somit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

#### VI. Interpellation: Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln.

Senatskommissar Herr Senator Mester.

(Wortlaut siehe Seite 165)

**Herr Müller (CDU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU hat sich veranlaßt gesehen, den Senat um eine Erklärung zu bitten, wie es mit der Kartoffelversorgung steht. Ich glaube, daß die bremische Bevölkerung ein Anrecht darauf hat, zu wissen, ob sie darauf rechnen kann, daß die ihr zugesagten Kartoffelmengen bis zum Anschluß an die neue Ernte nun auch tatsächlich geliefert werden, bzw. daß die nicht gelieferten Kartoffelmengen nachgeliefert werden. Als im vorigen Jahr die Kartoffelkarten ausgegeben wurden, wurde der Bevölkerung eine bestimmte Menge Kartoffeln zugesichert. Diejenigen, die die Einküellerung ihrer Kartoffeln ermöglichen konnten, haben Glück gehabt. Diejenigen, die aus Mangel an Lagerungsmöglichkeiten oder aus anderen Gründen die Kartoffeln nicht einkellern konnten, sind nicht in der glücklichen Lage, die Kartoffeln jetzt nachgeliefert zu bekommen. Zum Teil sind bereits seit der 96. Kartenperiode, meistens seit der 97. Periode keine Kartoffeln mehr geliefert worden. Der Ersatz dafür in Form von Maismehl ist natürlich kein vollwertiger Ersatz. Hinzukommt, daß in der Stadt eine unterschiedliche Behandlung in der Belieferung von Kartoffeln stattfindet. Von einigen Händlern wurden Kartoffeln bis zur 98. Periode, ja bis zur 99. geliefert, weiter aber meistens nicht. Es würde sich vielleicht empfehlen, daß die Deputation für die Ernährung sich mit der Frage dieser unterschiedlichen Verteilung in Bremen einmal befaßt.

Eine zweite Frage, über die wir vom Senat gern eine Auskunft hören möchten, ist die, ob die Möglichkeit besteht, daß den Leuten, die ihre Kartoffeln eingekellert haben, ein Ersatz für die ihnen in den Kellern eingefrorenen Kartoffeln geleistet werden kann. Es ist mit Recht von Stellen, die mit der Kartoffelversorgung zu tun haben, gesagt worden: Wenn das Ernährungsamt eine Erklärung abgeben würde, daß die Möglichkeit besteht, für erfrorene eingekellerte Kartoffeln Ersatz zu schaffen, dann würden von 200 Leuten, die Kartoffeln eingekellert haben, 199 in Bremen sagen, ihnen seien die Kartoffeln im Keller erfroren. Nun, das ist unter den augenblicklichen Verhältnissen ja auch verständlich. Aber ich möchte doch annehmen, daß es sehr wohl möglich ist, Überprüfungsmaßnahmen in dieser Hinsicht zu schaffen, also festzustellen, ob in den betreffenden Haushaltungen die Kartoffeln tatsächlich erfroren sind oder nicht. Und wenn feststeht, daß in der Tat infolge schlechter Lagerungsmöglichkeiten die Kartoffelvorräte nicht mehr zu verwerten sind, so sollte die Möglichkeit geboten werden, nachzuliefern. Ich bin jedenfalls überzeugt, daß derartige Prüfungsmaßnahmen bestehen, und bitte Herrn Senator Mester, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen.

**Herr Senator Mester:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Müller hat vom Senat eine Antwort verlangt, ob er in der Lage wäre, für erfrorene Kartoffeln Ersatz zu liefern, und hat dann hervorgehoben, daß seit der 96. Kartenperiode keine

Kartoffeln mehr hätten geliefert werden können. Schließlich glaubt er, daß eine unterschiedliche Behandlung in der Lieferung der Kartoffeln stattgefunden habe. Was die letztere Frage betrifft, so muß sich Herr Müller mit dem Kartoffelwirtschaftsverband auseinandersetzen, dem die Verteilung der Kartoffeln obgelegen hat.

Was im übrigen die in der Interpellation gestellten Fragen betrifft, so hat sich der Senat damit befaßt, und er hat dazu folgendes zu sagen:

Infolge des anhaltenden Frostes konnten seit Anfang Dezember 1946 Speisekartoffeln an Tageskäufer nicht mehr ausgegeben werden, da Lagerhallen und Mieten für die Entnahme von Kartoffeln nicht geöffnet werden konnten.

Der Vorrat an Speisekartoffeln belief sich um diese Zeit auf rund 35 000 Zentner.

Nach Beendigung der Frostperiode konnten weitere rund 7 500 Zentner Speisekartoffeln nach Bremen hereingebracht werden.

Mit dem Vorrat zusammen konnten die Rückstände bis zur 99. Zuteilungsperiode ausgeliefert werden.

An Stelle von nicht gelieferten Kartoffeln sind Brot oder Nahrungsmittel, zuletzt auch ausschließlich Maiseerzeugnisse, zur Verfügung gestellt worden.

Ab 101. Periode stehen Kartoffeln für die laufende Versorgung der Tageskäufer und der Zulagenempfänger nur noch in einer ganz geringen Menge zur Verfügung.

Aus deutschen Beständen ist ein Anschluß an die neue Ernte nicht möglich.

Der für die Versorgung Bremens mit Speisekartoffeln zuständige Kartoffelwirtschaftsverband Weser-Ems wird sich bemühen, weitere Mengen aufzubringen.

In welchem Umfange das geschehen kann, läßt sich noch nicht übersehen, da die Versorgung anderer Notgebiete mit Speisekartoffeln vordringlich ist.

Die amerikanische Militärregierung wird gebeten werden, zur Behebung des Notstandes im Lande Bremen aus ankommenden Speisekartoffeln die erforderlichen Mengen zur Verfügung zu stellen.

Ersatz für erfrorrene Kartoffeln sind auf Antrag an Haushaltungen ausgegeben worden.

Für Kleingärtner stehen Saatkartoffeln aus amerikanischen Anlieferungen in ausreichender Menge zur Verfügung.

Ich darf sagen, daß wir noch in Erwartung von Speisekartoffeln sind. Letzten Endes fordert die Interpellation Aufschluß darüber, ob auf Antrag Ersatz für in den Kellern erfrorrene Kartoffeln geleistet werden kann. Nun, Anträge können in dieser Richtung ja gestellt werden, aber sie können nur in ganz geringem Umfang berücksichtigt werden.

Was die Frage betrifft, ob die Kleingärtner mit Saatkartoffeln versorgt werden können, so kann ich sie bejahen, da uns aus amerikanischen Beständen Saatkartoffeln ausreichend zur Verfügung stehen. Wenn in den Kreisen der Grossisten Meinungsverschiedenheiten über die Verteilung der Kartoffeln

bestehen, so möchte ich sagen, daß die Grossisten sich darüber untereinander auseinanderzusetzen haben. Denn sie haben in Bremen einen Fachschaftsleiter, es wird das richtige sein, daß sie diesen zur Verantwortung ziehen. Jedenfalls kann der Senat über diese Frage zur Zeit keine Auskunft geben.

Herr Vogelsang (SPD.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der kurzen Zeit, seitdem ich Mitglied der Bürgerschaft bin, habe ich die Flut von Anträgen und Interpellationen, die hier eingebracht worden sind, aufmerksam verfolgt, und ich muß sagen, daß es mir doch notwendig scheint, darauf hinzuweisen, daß derartige Interpellationen eigentlich nicht hierher in das Plenum der Bürgerschaft, sondern vorher in die Deputationen gehören. Wenn über irgendwelche Dinge eine Auskunft verlangt wird, dann ist in den meisten Fällen die Deputation der gegebene Ort, wo der betreffende Senator oder einer der andern Herren dazu das nötige sagen können. Aber wenn wir hier in aller Öffentlichkeit über derart heikle Fragen, wie es die Kartoffelversorgung oder die Ernährungsverhältnisse überhaupt sind, verhandeln, dann werden dadurch allzu leicht in der Bevölkerung Hoffnungen erweckt, die nachher nicht erfüllt werden können, und dann setzen wir uns immer wieder dem Vorwurf aus, daß das, was hier von Amts wegen vorgetragen wird, doch nicht stimmt. Und wenn Sie, Herr Müller, diese Schwierigkeiten nicht kennen sollten, dann möchte ich Ihnen sagen: Wir in der Bürgerschaft haben ja überhaupt gar keine Gelegenheit, diejenigen Maßnahmen, die ja an sich notwendig sind im Interesse der Bevölkerung, durchzuführen, denn all das wird bestimmt durch die Besatzungsmacht. Und Sie können sich von mir sagen lassen, daß gerade jetzt in diesen Stunden in Hannover die Kreisbauernschaft von Bremen über die Frage der Saatkartoffellieferungen verhandelt und daß kurioserweise ausgerechnet unser zuständiger Senator nicht dabei ist; und wenn Sie das wissen, dann werden Sie selber zugeben müssen, daß gerade diese Erfahrung uns Anlaß geben sollte, hier in der Bürgerschaft einmal darüber nachzudenken, ob wirklich all das, was in derartigen Interpellationen zum Ausdruck kommt, auch wirklich in die Bürgerschaft gehört und nicht vielmehr in die Deputationen. Sie, meine Damen und Herren, wissen ja überhaupt gar nicht, in welchem Umfang Sie sich für die Ernährung des Volkes einsetzen können. Sie rennen von Pontius zu Pilatus, und im Endeffekt kommt überhaupt nichts dabei heraus. Sie müssen sich jedenfalls das eine sagen lassen: Wenn wir hier in der Bürgerschaft vom Volke zur Verantwortung gezogen werden für unsere Ernährungslage, dann muß man uns auch die politische Mündigkeit geben, dieser Verantwortung gerecht zu werden. Solange das aber nicht der Fall ist, würde ich empfehlen, daß die Fraktionen unter sich einmal beraten, in welcher Form man dazu Stellung nehmen will. Wir unsererseits halten es jedenfalls für sehr gefährlich, hier irgendwelche Fragen aufzurollen oder anzuschneiden, über deren Tragweite man sich absolut noch nicht klar ist. Und ich möchte es ein für allemal aussprechen, daß wir es gerade auf dem Gebiet der Ernährung für unbedingt notwendig halten, vorsichtig zu sein, wenn wir die Interessen des Volkes wirklich wahren wollen, und wenn wir uns nicht dem Vorwurf aus-

setzen  
Rücks  
wirklic  
von an  
Stellun  
steht fe  
Wollen  
lich er  
bessern  
zunäch  
und ers  
rung u  
die Off  
ist der  
die Ub  
rischen  
tatione  
können  
Sie abe  
frage u  
haupt e  
mit ga  
diesem  
gen, kö  
hier vo  
macht  
werden  
nur ein  
Erweck  
nicht e  
Enttäu  
Herr  
und He  
daß An  
Gegens  
sonder  
wenn d  
aber au  
zudehn  
kaum e  
bitterst  
milliona  
die so  
so allge  
fassung  
der All  
nem so  
Ich gla  
Kritik v  
davon,  
sorgung  
die Mög  
die Mö  
Erkläru  
Direkt  
Sinn, in  
fassung  
mittelm  
scher S  
nicht, o  
gen ge  
Reichspr  
die Lup  
tigen u  
setzen,  
die Ern  
denen

setzen wollen, daß wir uns nur von agitatorischen Rücksichten leiten ließen. Die Not des Volkes ist wirklich zu groß und uns zu heilig, als daß wir uns von anderen als rein sachlichen Gründen in unserer Stellungnahme zu ihr leiten ließen. Aber das eine steht fest, und das müssen Sie sich genau überlegen: Wollen Sie durch derartige Interpellationen wirklich ernsthaft an den Zuständen etwas ändern und bessern, dann gehört es sich, daß Sie diese Fragen zunächst in den Deputationen zur Sprache bringen, und erst dann, wenn dieser Weg nicht zu einer Klärung und Besserung führt, sollte Ihnen der Weg in die Öffentlichkeit der Bürgerschaft offenstehen. Das ist der richtige demokratische Weg. Erst wenn Sie die Überzeugung gewonnen haben, daß die senatorischen und bürgerschaftlichen Mitglieder der Deputationen nicht ihre Pflicht erfüllt haben, dann können Sie damit an die Öffentlichkeit treten. Wenn Sie aber jetzt hier in der Bürgerschaft die Kartoffelfrage und die Frage unserer Volksernährung überhaupt durchhecheln wollen, dann erreichen Sie damit gar nichts. Denn so, wie die Verhältnisse auf diesem Gebiet und auf anderen Gebieten heute liegen, können Sie überhaupt nicht damit rechnen, daß hier vom Senat irgendwelche Versprechungen gemacht werden, die ja doch nicht würden eingehalten werden können, und was Sie damit erreichen, ist nur eine Beunruhigung der Bevölkerung und das Erwecken von Hoffnungen, denen, da sie ja doch nicht erfüllt werden können, nur eine um so größere Enttäuschung folgen würde. (Lebhafter Beifall links.)

Herr Rätth (KPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind sicherlich alle der Meinung, daß Angelegenheiten von geringem Wert nicht zum Gegenstand einer Interpellation gemacht werden, sondern in der Deputation behandelt werden sollten, wenn das überhaupt notwendig ist. Diesen Maßstab aber auf die Kartoffelversorgung der Einwohner auszuweiten, scheint mir doch sehr bedenklich. Es gibt kaum einen Haushalt in Bremen, in dem nicht die bitterste Sorge herrscht, wie die Ernährung der Familienangehörigen durchgeführt werden soll ohne die so notwendigen Kartoffeln. Und wenn das eine so allgemeine Erscheinung ist, dann bin ich der Auffassung, daß die Bürgerschaft, die ja die Interessen der Allgemeinheit vertreten soll, sehr wohl zu einem so allgemeinen Problem Stellung nehmen kann. Ich glaube nicht, daß die Interpellation mit einer Kritik verbunden sein sollte und wir sind überzeugt davon, daß der Senat alles getan hat, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, soweit er die Möglichkeiten dazu hatte. Prüfen wir aber einmal die Möglichkeiten dazu, so kommt uns gerade die Erklärung und die Rundfunkansprache vom Herrn Direktor der Militärregierung, Mr. Dunn, in den Sinn, in der gesagt wird, daß insbesondere die Erfassung und Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittelmengen ausschließlich Angelegenheit deutscher Stellen und deutscher Behörden sind. Ich weiß nicht, ob in Bremen alle notwendigen Anstrengungen gemacht sind, um jene Einrichtungen des Reichsnährstandes und der Kreisbauernschaft unter die Lupe zu nehmen und gegebenenfalls zu beseitigen und durch demokratische Einrichtungen zu ersetzen, die in der Lage sind, das Erforderliche für die Ernährung zu tun, um die Erfassung der vorhandenen Mengen so genau und präzise durchzuführen,

wie es im Interesse der Gesamtbevölkerung wohl verlangt werden kann. Unserer Meinung nach liegt in der schematischen Anwendung der Ablieferungspflichten die Begründung dafür, daß die Ernährung in Deutschland nicht besser ist, trotzdem wir ohne Zweifel wissen, daß bei Erhöhung der deutschen Einwohnerzahl von 139 auf 207 Personen auf den Quadratkilometer die Ernährungslage ungleich schwieriger ist. Wir konnten unsere Bevölkerung vor dem Kriege nur zu 83 Prozent ernähren und im Augenblick nur etwa zu 50 Prozent. Wie weit es aber deutscher Initiative möglich sein kann, dieses Problem zu lösen, hängt nicht zuletzt davon ab, in welchem Maße die öffentlichen Körperschaften und die gewählten Vertreter der Bevölkerung sich mit diesem Problem beschäftigen.

Ich bin also durchaus der Auffassung, daß wir uns, soweit es das Land Bremen anbetrifft, in der Bürgerschaft einmal Gedanken über die Reorganisation des Apparates machen, der mit der Ablieferung betraut ist, und Vorschläge ausarbeiten sollten, um auf diesem Wege eine bessere Möglichkeit zu schaffen. Wir hören — kürzlich in einer Gewerkschaftstagung wurde das betont — daß die Ablieferung an Milch und Eiern so schematisch gehandhabt wird, daß dadurch den Bauern, und insbesondere den größeren Besitzern unter ihnen, weitgehende Möglichkeiten des Tausches und Schwarzhandels gegeben sind und die Mengen nicht so hoch gestaffelt und erfaßt sind, wie es im Interesse der Bevölkerung allgemein notwendig wäre. Vor einigen Monaten mußten beispielsweise pro Huhn 70 Eier abgeliefert werden und dafür hätte jeder Bauernhof soviel Hühner frei, wie er Familienmitglieder auf seinem Hof beschäftigte. Jetzt ist das Ablieferungssoll auf 40 Eier pro Huhn generell für alle vorhandenen Hühner festgesetzt. Der Bauer, der vorher zwölf Hühner hatte und sechs davon auf Grund seiner Kopfzahl frei hatte, hat jetzt größte Schwierigkeiten, die Ablieferungspflicht zu erfüllen. Er wird sie praktisch also nicht erfüllen. Der größere Besitzer, der 150 oder 200 Hühner hat, liefert auch nur 40 Eier pro Huhn ab. Und da bereits bei normaler Fütterung ein Huhn vielleicht 70—80 Eier pro Jahr liefert, hat er etwa die doppelte Menge zu seiner freien Verfügung, und wir kennen die Kanäle, durch die diese Mengen gehen. Genau so liegt der Fall bei der Milchablieferung. Die schematische Festlegung des Ablieferungssolls von 2,6 Liter pro Tag und Kuh ohne Berücksichtigung der Verhältnisse der einzelnen Bauern scheint uns eine Lösung, die nicht den Verhältnissen Rechnung trägt. Wir sind vielmehr der Meinung, man sollte entsprechend den örtlichen Bedingungen die Ablieferung so festsetzen, daß alle vorhandenen Viehbestände zusammengenommen auf dieses Soll kommen und man sollte den Bauern entsprechend seiner Kopfzahl soviel Nahrungsmittel belassen, daß er gut die Ablieferungspflicht erfüllen kann. Für seine erfüllte Ablieferungspflicht soll man den Bauern Prämien in Form von Düngemitteln, landwirtschaftlichen Geräten, Bezugsscheine für Spinnstoffe und Arbeitsschuhe geben, um es ihm zu ersparen, daß er für einen Eimer, den er für seinen Hof braucht, ein halbes Pfund Butter geben muß.

Man sollte die erfaßten Mengen der Bevölkerung in der Stadt völlig zur Verfügung stellen, die ja das

Material, das der Bauer braucht, erzeugt. Dies kann aber nur geschehen, wenn wir jene tausend Nationalsozialisten etwa, die im Reichsnährstand in Oldenburg tätig sind, ein wenig an die frische Luft und dafür wirklich demokratische Kräfte an ihre Stelle setzen. Den Beginn muß man machen in den parlamentarischen Körperschaften der einzelnen Länder insbesondere Niedersachsens als auch Bremens, die unmißverständlich sagen müssen, diese Leute, die früher versippt und verschwägert waren mit den Großbauern und Großbesitzern in den Orten und Ausschüssen, die müssen verschwinden, sie können dieses Amt nicht ausüben, weil sie viel zu viel persönliche Beziehungen und Verbindungen zu den Dorfgewaltigen haben, und an ihre Stelle sind wirklich einwandfreie demokratische und gutwillige Kräfte zu setzen, selbst wenn sie für den Anfang nicht so gut die Milchprüfungsgeräte handhaben können.

Zwei Dinge also, einmal in persönlicher Beziehung eine Bereinigung der ganzen Organisationsform des Reichsnährstandes und der Kreisbauernschaft, und zum anderen eine durchgreifende Erfassung unter Berücksichtigung des Eigenbedarfs der bäuerlichen Bevölkerung. Ich komme zu dem Ergebnis, daß eine solche Aussprache, die ein wesentliches Interesse der bremischen Bevölkerung betrifft, nützlich sein kann für die weitere Entwicklung. Man sollte unter diesem Gesichtspunkt die Erklärung der hiesigen amerikanischen Militärregierung begrüßen und die Probe aufs Exempel machen, wieweit sie den deutschen Stellen nun auch ihrerseits Einfluß auf die Erfassung und Verteilung der Nahrungsmittel zugesteht.

Herr Degener (CDU.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Vogelsang, Sie haben von Herrn Rafoth schon einen Teil von dem gehört, was ich sagen wollte. Es geht nicht an, wenn an irgendwelchen Dingen Kritik geübt wird, immer zu sagen, daß ein Agitationsbedürfnis dahintersteckt. Wir haben stets erklärt, daß wir verantwortungsbewußte Politik treiben wollen und wir haben uns nach diesem Grundsatz gerichtet. Ich könnte Ihnen Beispiele dafür nennen, daß Sie selbst die Grundsätze erst einmal beherzigen sollten, die Sie hier ausgesprochen haben. Die Interpellation entspricht der Sorge, die in der Bevölkerung in bezug auf die Kartoffelversorgung vorhanden ist. Ich bin der Meinung, daß solche Dinge in der breitesten Öffentlichkeit behandelt werden müssen. Wohin kommen wir, wenn wir an solchen Dingen vorbeigehen oder hinter verschlossenen Türen Stellung nehmen.

Herr Senator Theil hat kürzlich gesagt: „Wenn man mir etwas vorwerfen kann, dann vielleicht das, daß ich mich publizistisch nicht genügend geäußert habe“. Wir haben einmal ein Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda unseligen Angedenkens gehabt. Ich wünschte nicht, daß wir alles das, was da an Ungereimtheiten produziert worden ist, etwa nachmachen sollten. Aber eines möchte ich Ihnen sagen: Wir kranken in unserer jungen Demokratie schon jetzt daran, daß die Volksaufklärung zu gering ist. Das ist ein Grund mit dafür, daß man unserer Arbeit das genügende Verständnis eben nicht entgegenbringt. Unsere Interpellation hat keine Kritik enthalten. Ich habe bei der Begründung des

Dringlichkeitsantrages ausdrücklich gesagt, daß ich den deutschen Stellen keine Verantwortung zuschiebe, da wo sie sie nicht haben. Ich habe das gesagt, weil gerade im Augenblick diese Verantwortung nach meiner Ansicht klargestellt werden muß, wo manche, die Verantwortung tragen, die Flucht daraus antreten möchten. Das Volk soll wissen, wo die Verantwortung liegt und wir wollen deutsche Stellen nicht verantwortlich machen für Dinge, für die sie Verantwortung nicht übernehmen können. Das ist ein Zustand, der nicht eintreten darf. Wir wollen hierbei nicht auch noch zu Auseinandersetzungen kommen, denn damit verschlimmert sich die allgemeine Lage nur.

Es gibt schon Wege, auch der Landwirtschaft einen Anreiz zu bieten für eine vermehrte Ablieferung, und es gibt auch eine Möglichkeit, wenn jetzt den deutschen Behörden mehr Verantwortung und mehr Freiheit, mehr Vollmacht gegeben wird, die richtigen Menschen an die richtigen Stellen zu bringen. Ich erinnere daran, daß die Landwirtschaftskammer für Bremen noch nicht geschaffen ist. Man sollte jetzt darangehen, diese Landwirtschaftskammer zu erstellen, richtig zu besetzen und mit einzuschalten. Aber wir lassen uns nicht vorschreiben, eine Interpellation, von deren Wichtigkeit wir überzeugt sind, hinter verschlossenen Türen zu verhandeln. Wir benutzen das Recht, das wir haben, eine wichtige Frage in der Bürgerschaft zu verhandeln.

Herr Vogelsang (SPD.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe die Sache nicht bagatellisiert. Überlegen Sie sich einmal reiflich, ob jemand in Deutschland in der Lage ist, Ihnen eine Auskunft zu geben, ob wir Kartoffeln bis zum Anschluß an die nächste Ernte haben. Das kann Ihnen keiner sagen. Überlegen Sie einmal, welche Fragen Sie in der Bürgerschaft stellen. Ich bin gar nicht der Meinung, daß wir hinter verschlossenen Türen verhandeln sollen. Aber wir leben doch von der Hand in den Mund, und wenn in der Bürgerschaft jemand ist, der aufgeklärt werden muß, dann soll ein solcher Vortrag in aller Öffentlichkeit gehalten werden. Ich habe nur zur Kartoffelfrage gesprochen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß wir in einer Notlage sind, das wissen wir alle. Und wenn jemand hier eine öffentliche Ansprache hält, dann bin ich der Meinung, dann gehört das nicht hierher, sondern in die Deputation. Sie haben alle Möglichkeiten, diese Frage in der Deputation zu klären und ich sage Ihnen nochmals, wenn Sie alle solche Fragen an die Bürgerschaft herantragen, dann werden Sie erleben, daß die Tagesordnung überhaupt nicht abreißt. Es gibt keine Möglichkeit heute, irgendeine bindende Antwort zu geben in Fragen der Ernährung. Herr Dietrich sagt: Das Ausland muß uns mehr zu essen geben. Herr Clay sagt: Das deutsche Volk muß mehr herausholen aus dem deutschen Boden. Ich will nicht gesagt haben, daß diese Interpellation als solche hier nicht verhandelt werden sollte, sondern ich habe nur gesagt, der Inhalt einer Interpellation muß vorher durchdacht werden, bevor er an die Öffentlichkeit kommt. Beauftragen Sie Ihre Herren in der Deputation für Ernährung und Landwirtschaft, und wenn Sie glauben, damit an die Öffentlichkeit gehen zu müssen, dann bekommen Sie Unterstützung.

Herr  
men  
Wort  
Ernäh  
glaube  
Meinu  
wend  
zu neh  
die Di  
daß w  
nährun  
hatten  
Von d  
durch  
nale A  
und al  
der Er  
gewor  
die Fr  
entsch  
sätze  
tionss  
müsse  
deutet  
ist, un  
land.  
transp  
Württ  
Rheinl  
Zonen  
gung

Wer  
man n  
wie d  
zusam  
Vorsit  
Schön  
durch  
Rat se  
stern  
deuts  
Wenn  
wollen  
daß  
minist  
wenn  
zu rich  
Vertr  
Württ  
falen  
ter N  
Hamb  
treten

Ich  
Meinu  
Erfass  
tische  
Fachs  
Appar  
von c  
halter  
ander  
führe  
tung  
Richtl  
rates  
querg

Herr Senator Mester: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch ein paar Worte. Ich darf zunächst darauf hinweisen, daß die Ernährungsverhältnisse sehr kritisch sind. Ich glaube, daß wir in der Öffentlichkeit mit vielen Meinungen zurückhalten müssen, halte es aber notwendig, zu den hier aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen, denn die Debatte zeigte, daß man über die Dinge nicht unterrichtet ist. Es liegt doch so, daß wir bis vor kurzem noch ein Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft in der britischen Zone hatten, an der Spitze Herr Dr. Schlange-Schöningen. Von diesem Zentralernährungsamt in Hamburg ist durch Zusammenlegung der beiden Zonen das bizonale Amt mit dem Vorsitzenden Herrn Dr. Dietrich und als Stellvertreter Herr Dr. Schlange-Schöningen der Ernährungs- und Landwirtschaftsrat in Stuttgart geworden. Diese Körperschaft hat die Aufgabe, über die Fragen der Ernährung und Landwirtschaft zu entscheiden, und auch für jede Periode die Rationssätze festzusetzen. Wenn die dort festgesetzten Rationssätze zur Verteilung kommen sollen, dann müssen sie zur Verfügung gestellt werden. Das bedeutet, daß damit eine Warenverteilung notwendig ist, und zwar vom Überschubland in das Zuschubland. So müssen wir beispielsweise einen Warentransport machen von Bayern nach Hessen oder Württemberg-Baden oder insbesondere nach dem Rheinland. Durch die Zusammenlegung der beiden Zonen sollte dieser Ausgleich in der Warenversorgung besser geregelt werden.

Wenn nun von der Partei der CDU geglaubt wird, man müsse Kritik üben, dann darf ich Ihnen sagen, wie dieser Ernährungs- und Landwirtschaftsrat nun zusammengesetzt ist. Ich stelle fest, daß dort zwei Vorsitzende sind: Dr. Dietrich und Dr. Schlange-Schöningen ohne Stimmrecht. Sie können nur das durchführen, was vom Rat beschlossen wird. Der Rat setzt sich zusammen aus den Ernährungsministern der drei süddeutschen Länder, der drei norddeutschen Länder und Hamburgs und Bremens. Wenn Sie nach politischen Gesichtspunkten urteilen wollen, dann darf ich darauf aufmerksam machen, daß die überwiegende Mehrheit der Ernährungsminister der CDU angehört. Es wäre also richtiger, wenn Sie Kritik üben wollten, Ihre Angriffe dorthin zu richten. Ich darf die Feststellung machen, daß der Vertreter von Bayern der CSU, der Vertreter von Württemberg-Baden und Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein der CDU, der Vertreter Niedersachsens der NLP, angehören und nur Hamburg und Bremen von Sozialdemokraten vertreten werden.

Ich trage das vor, damit darüber eine ganz klare Meinung besteht. Aber für die ganze Verteilung und Erfassung der Produktion bestimmt noch in der britischen Zone der Reichsnährstand mit allen seinen Fachschaften. In der süddeutschen Zone ist dieser Apparat beseitigt, in der norddeutschen Zone ist er von der Militärregierung im vollen Umfange erhalten geblieben. Wir haben uns nun damit auseinanderzusetzen und müssen seine Beseitigung herbeiführen. Denn wenn wir schon eine einheitliche Leitung in den beiden Zonen haben und nach den Richtlinien des Ernährungs- und Landwirtschaftsrates in Stuttgart handeln sollen, dann darf nicht quergeschossen werden, dann muß nach einer ein-

heitlichen Linie gearbeitet werden. In der britischen Zone ist sie nicht vorhanden, und wir stellen daher die Forderung auf, daß die einheitliche Linie durchgeführt wird. Dieses ist auch in einem besonderen Beschluß des Ernährungs- und Landwirtschaftsrates zum Ausdruck gebracht.

Der Ernährungs- und Landwirtschaftsrat hat keine gesetzlichen Befugnisse. Er faßt seine Beschlüsse und hat Weisungen an die Länder zu erteilen, die von den Länderregierungen durchzuführen sind. Die Militärregierung, und insbesondere unser Gouverneur Mr. Dunn haben in der Zeitung und im Rundfunk einige Ausführungen dazu gemacht. Darin heißt es, daß diese Aufgaben, insbesondere auf dem Gebiet der Ernährung, den deutschen Stellen übertragen worden sind.

Dazu ist zu sagen, daß dieses in einer Zeit geschieht, wo wir auf dem tiefsten Stand der Ernährungslage angelangt sind. Und deshalb muß man bei aller Kritik an diesen Dingen vorsichtig sein; denn wir sind selbst diejenigen, die es durchzuführen haben. Und das hat auch Mr. Dunn ganz richtig erkannt. Er sagte, auf dieser Linie muß fortgeschritten werden. Wenn das eine Land nun die Warenverteilung nicht durchführen will, die ihm für das andere Land aufgetragen worden ist, dann müssen zunächst die beiden Ministerkollegen der betreffenden Länder die Dinge miteinander austragen und versuchen, ins Reine zu kommen. Kommen sie nicht zum Ziel, haben sie die Ministerpräsidenten zu bemühen. Wird auch da keine Einigung erzielt, entscheidet die Militärregierung. Es ist kaum möglich, eine andere Gesetzgebung zu schaffen, solange wir keine Zentralregierung in Deutschland haben.

Es ist dann von Herrn Rafoth davon geredet worden, daß Bayern zu Ostern für eine Familie mit einem erwachsenen und einem kleinen Kind 36 Eier ausgegeben habe und bei uns nicht einmal ein einziges Ei. Wir haben zu Ostern vom Milch- und Eierwirtschaftsverband in Oldenburg die Mitteilung erhalten, es könne ein Ei ausgegeben werden. Wir haben dann aber gefragt: Woher nehmen, wenn nichts da ist? Versprechungen zu machen hat keinen Sinn, wenn sie nicht erfüllt werden können. Deshalb sind keine Eier verteilt worden, weil eben keine Vorräte nachgewiesen sind. Es ist also nicht einmal auf diesem Gebiet eine einheitliche Verteilung möglich gewesen. Eine solche Einheitlichkeit anzustreben, muß unbedingt unser aller Aufgabe sein. Die Einheitlichkeit muß in beiden Zonen mit allen Kräften angestrebt werden. Dazu ist es erforderlich, diejenigen Organisationen zu beseitigen, die uns für diese Aufgabe als ungeeignet erscheinen, die nicht nach den Grundsätzen der demokratischen, sondern der autoritären Wirtschaft aufgebaut sind. Wenn uns das gelingt, dann hoffen wir, daß wir diese erstrebte Einheitlichkeit im Interesse unserer Gesamtbevölkerung auch wirklich erreichen. (Beifall.)

Herr Behrens (BDV.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wird immer wieder hier und anderswo der Kreisbauernschaft am Zeuge geflickt. Aber ich darf zu Ihrer Beruhigung sagen, daß die Kreisbauernschaft jetzt die längste Zeit bestanden hat, sie wird bald aufgelöst werden, und es wird eine Landwirtschaftskammer an ihre Stelle treten.

Wir werden in jedem Ort einen Ortslandwirt bekommen, und die Ortslandwirte wählen den Kreislandwirt. Dann hat Herr Rafoth davon gesprochen, daß in Friedenszeiten durch den deutschen Boden 83% der Volksernährung produziert worden sei. Aber inzwischen ist durch den Verlust des Ostens diese Zahl auf 60% gesunken. Aber diese 60% stimmen auch schon nicht mehr, denn durch die vielen Flüchtlinge, die wir jetzt im Lande haben und hier ernährt werden müssen, ist diese Zahl jetzt auf 50% gesunken. Was nun die Kartoffeln betrifft, so ist der größte Teil davon früher aus dem Osten zu uns gekommen. Diese Lücke werden wir nie schließen können, es wird immer ein Engpaß sein, wenn wir nicht wieder Zufluß aus dem Osten und aus den umliegenden Ländern bekommen, aus Dänemark, Holland usw. Dann hat Herr Rafoth davon gesprochen, daß früher pro Huhn 70 Eier abgeliefert werden mußten, aber heute nur noch 40. Die Sache hat aber einen Haken: Gewiß mußten wir früher 70 Eier abliefern, aber für jeden Angehörigen des betreffenden Betriebes blieb ein Huhn frei, also ohne Ablieferungspflicht. Heute ist es aber so, daß für jedes Huhn 40 Eier abgeliefert werden müssen, also ohne alle Ausnahme und zwar bis zu einer Anzahl von 25 Hühnern, darüber hinaus aber 80 Eier für jedes Huhn. So liegen die Dinge in Wirklichkeit. Sie sind also für den Bauern eher schlimmer geworden als besser. Es ist wirklich nicht so, daß der Hof alle Eier behält.

Nun ist gesagt worden: Hier im Norden sitzen noch die Kreisbauernschaften und in Süddeutschland, da sitzen schon die Landwirtschaftskammern, und in Bayern haben sie zu Ostern 36 Eier bekommen, bei uns dagegen überhaupt keine. Aber das hat wirklich nichts damit zu tun, daß wir bei uns noch keine Landwirtschaftskammern haben. Herr Rafoth hat dann von der Milchablieferung gesprochen und behauptet, 2,6 Liter pro Kopf wären frei. Das stimmt nicht; die gesamte Milch, die anfällt, ist ablieferungspflichtig. Und daß da alles mit rechten Dingen zugeht, dafür haben wir ja den Milchkontrolleur, der feststellt, wieviel Milch gemolken wird; der ist doch von der Behörde eingesetzt worden. Da wird dann abgerechnet, was im Haushalt gebraucht wird. Da weiß ich also wirklich nicht, wie Herr Rafoth zu dieser Zahl von 2,6 Liter kommt. Herr Rafoth ist also falsch unterrichtet worden.

Nun zur Kartoffelversorgung. Die Bevölkerung des bremischen Landgebietes ist nur zu einem ganz geringen Teil in der Lage, die Stadt mit Kartoffeln zu versorgen. Was die Stadt Bremen an Kartoffeln braucht, das kommt aus ganz anderen Gebieten. Wenn die hier im Bremischen anfallenden Mengen und keine anderen dafür verwendet werden sollten, dann kämen wir wirklich nicht weit damit. Und das mit den erfrorenen Kartoffeln: so schlimm ist auch das nicht. Es ist eine Sonderaktion im Gange gewesen etwa Mitte Dezember. Da setzte aber der starke Frost ein, und es sind die Kartoffeln auf dem Transport erfroren, die Aktion ist dann eingestellt worden. Aber es werden immer noch Kartoffeln genug abfallen, um den schlimmsten Mangel abzuheben (Beifall und heitere Zurufe).

Herr Degener (CDU.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte Herrn Senator Mester

sagen, daß ich nicht etwa irgendeiner Partei die Verantwortung für die Lage auf diesem Teil des Ernährungsgebietes zuschieben wollte. Ich wiederhole: Der Zweck unserer Interpellation war lediglich der, Aufklärung zu erhalten darüber, wie die Dinge liegen, und nicht etwa der, das Vertrauen zu dem Herrn Senator oder zu irgendeiner Partei des Hauses zu erschüttern. Ich gebe Herrn Vogelsang recht darin, daß hier nicht versprochen werden darf, was nicht unbedingt sicher erfüllt werden kann. Aber was die Bevölkerung wünscht und braucht, das ist eine klare Darstellung des tatsächlichen Sachverhältnisses.

Herr Hollmann (FDP.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Debatte über die Interpellation der CDU, hat trotz allem zu einem Ergebnis geführt, wenn dieses Ergebnis auch in vieler Hinsicht ein fragwürdiges ist. Zur Kartoffelversorgung müssen wir feststellen, daß das Land Bremen im Vergleich zu allen anderen deutschen Ländern verhältnismäßig gut versorgt worden ist, und das dürfte nicht zuletzt dem Geschick und der Tatkraft unserer verantwortlichen Stellen zu danken sein. Aber was Herr Senator Mester uns gesagt hat über Quertreibereien in den Ernährungsstellen des Reichsnährstandes, das hat uns tief betroffen, wenn auch nicht sonderlich überrascht. Aus diesem Grunde sagen wir auch: Eine Organisation, die in der Vergangenheit bewiesen hat, daß sie so fragwürdig ist, die sollte nicht noch zwei Jahre nach Kriegsende und Zusammenbruch als Gesamtorganisation des Staates auf diesem Sondergebiet noch bestehen dürfen (Beifall links). Wer all das verschuldet hat, der hat sich versündigt. Des weiteren äußerte der Herr verantwortliche Senator für unsere Ernährung, daß die einzelnen Senatsdezernenten, also die einzelnen Senatoren als Verantwortliche dem Parlament und dem Volk gegenüber mehr Bestimmungsrecht haben müßten. Auch wir sind dieser Auffassung; und zwar aus folgenden Gründen: Eine Diktatur, wie wir sie gehabt haben, kann gar nicht mit einem Schläge durch die Demokratie abgelöst werden. Aus diesem Grunde hat sich ja auch die Besatzungsmacht dazwischengesetzt mit ihrer Befehlsgewalt; aber sie hat das getan zu dem ausschließlichen Zweck, den Gedanken der Demokratie in Deutschland zu fördern. Das wollen wir also als wahr unterstellen. Wenn aber jetzt, nach zwei Jahren, die Verantwortung auf die deutschen Behörden gelegt wird, dann muß ich feststellen: Bisher ist unsere Ernährung von den Besatzungsmächten bestimmt worden, und deshalb haben die Besatzungsmächte die Verantwortung für die dadurch entstandenen Zustände (Lebhafte Zustimmung links). Es geht nicht an, eine deutsche Stelle mit der Verantwortung dafür zu belasten. Es ist unsinnig, etwas Derartiges behaupten zu wollen. Die Verantwortung für die jetzige Ernährungslage trägt allein die Militärregierung (Zustimmung).

Dann hat der Herr Vertreter der CDU, nachdem er auch die Frage des dänischen Schmalzes gestreift hat, zur Kartoffelfrage ausgeführt, daß die Abtrennung unserer Ostgebiete bewirkt habe, daß ein wesentlicher Faktor der deutschen Bodenbewirtschaftung heute ausfalle. Das ist zweifellos richtig. Aber durch die Abtretung des Saargebietes, durch eine eventuelle Internationalisierung des Rheinlandes

und du  
den Kö  
mehr  
einer  
muß, d  
nen wi

Des  
Herr S  
Länder  
Schaun  
sollen,  
habe n  
nicht e  
Präsid  
wirklic  
ist, we  
uns an  
wir ei  
einer  
Haufen  
gensei  
gültig  
Diese  
sten F

Präs  
danke

V  
Se

Her  
men u  
Interp  
als un  
Küste  
Fische  
Freige  
die g  
Fische  
vorge  
Küste  
es sic  
Kutte  
wir u  
uns s  
weiter  
so wi  
der F  
Fische  
den u  
dann  
der K  
leuten  
ber d  
Herin  
samm  
auch  
im Ne  
und  
Frisc  
nur e  
Raum  
saison  
mühu  
der F

und durch die Unterstellung des Ruhrgebietes unter den Kontrollrat wird dem deutschen Volk noch viel mehr genommen. Denn das sind Produktionsstätten einer Industrie, die exportieren kann und exportieren muß, denn erst für den Erlös unseres Exportes können wir Lebensmittel einführen.

Des weiteren hat uns tief erschüttert das, was Herr Senator Mester über das gesagt hat, was die Länder Bayern, Hessen — ich glaube, er hat aber Schaumburg-Lippe vergessen — einander liefern sollen, und daß sie sich darüber einigen müßten; ich habe nur vermißt, daß er gesagt hat: Wenn sie sich nicht einigen, dann gibt es Krieg! (Heiterkeit). Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das sollte uns wirklich beweisen, wie unbedingt erforderlich es ist, wenn wir ein Deutschland haben wollen, wie es uns am Herzen liegt, daß alles davon abhängt, daß wir ein einheitliches Deutschland bekommen mit einer wirklichen Zentralgewalt und nicht mit einem Haufen partikularischer Länderklüngel, die sich gegenseitig nicht einigen können, und denen es gleichgültig ist, ob die Nachbarn leben können oder nicht. Diese Erkenntnis scheint mir eine der wesentlichsten Früchte dieser Debatte zu sein (Beifall).

**Präsident:** Die Verhandlung ist geschlossen; ich danke dem Herrn Senatskommissar.

#### VII. Interpellation: Fischdampfer-Neubau.

Senatskommissar Herr Senator Dr. Apelt

(Wortlaut siehe Seite 155)

Herr Nowatzki (SPD.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir alle waren, wie schon aus der Interpellation hervorgeht, außerordentlich erfreut, als uns die Nachricht erreichte, daß die norwegische Küste und auch das Weiße Meer für die deutsche Fischerei wieder freigegeben worden seien. Diese Freigabe erfolgte am 25. März. Welche Entwicklung die ganze Freigabe oder die Beschränkung der Fischerei genommen hat, mag aus folgendem hervorgehen: Als nach der Kapitulation hier nur die Küstengewässer freigegeben wurden, da handelte es sich um ein Gebiet, das vor dem Kriege nur von Kuttern befischt wurde. Mit diesem Gebiet haben wir uns bis 1945 begnügen müssen. Und wenn wir uns seinerzeit ganz besonders darum bemühten, weitere Gebiete für die Fischerei freizubekommen, so wird man das verständlich finden, denn die in der Heimat verbliebenen deutschen Seeleute und Fischerleute wollten doch wieder einen festen Boden unter den Füßen haben. Im August 1945 wurde dann von den alliierten Behörden ein Gebiet längs der Küste Dänemarks freigegeben, das von den Seeleuten als Schlickbank bezeichnet wird. Im September des gleichen Jahres gestattete man dann den Heringsfang unter Fladengrund und dann im Zusammenhang mit dem Verlauf der Heringssaison auch den Fang auf der Doggerbank. Und als dann im November 1945 die Heringssaison ihr Ende nahm und als die Dampfer umgestellt wurden auf den Frischfischfang, da hatten wir für diesen Zweck nur einen ganz geringen Raum und zwar denselben Raum, den wir seinerzeit während der Heringssaison unter Fladengrund befischen durften. Die Bemühungen der Reedereien, der Gewerkschaften und der Parteien gingen nun dahin und hatten den Er-

folg, daß am 28. November 1945 endlich weitere Gebiete und zwar bis zum 61. Grad Nord für die Fischerei freigegeben wurden. Wir bekamen dann unter dem 30. Januar 1946 auch das Gebiet um Island und die Barentsee frei. Daß alle diese Freigaben nicht leicht zu erwirken waren, habe ich schon angedeutet. Damals haben sich die Gewerkschaften, die Reedereien, die Behörden und ganz besonders auch die Sozialdemokratische Partei mit Erfolg für die notwendigen Erweiterungen eingesetzt. In den Zeitungen ist nach der Freigabe der Norwegenküste und der Barentsee manchmal der Eindruck erweckt worden, als wäre dadurch eine wesentlich bessere Versorgung der Bevölkerung mit Fischen ermöglicht worden. Deswegen habe ich die Interpellation eingebracht. Sie fand die Unterstützung meiner Parteigenossinnen und Parteigenossen, und sie hat den Zweck, darauf hinzuweisen, daß es uns gar nichts nützt, wenn wir alle diese Fischgründe und noch die anderen dazu freibekommen, wenn wir dazu nicht die notwendigen Fahrzeuge haben. Denn sonst ist alles graue Theorie, und damit kann die Bevölkerung nichts anfangen. Und wir wehren uns dagegen, daß hier nicht nur im Weser-Kurier, sondern auch in allen übrigen Zeitungen der Eindruck erweckt wird, daß nunmehr das Problem der Hochseefischerei gelöst sei und daß nun genügend Fische an den Markt kommen würden, um jede Nachfrage befriedigen zu können.

Dem ist nämlich bei weitem nicht so. Wir müssen uns auch einmal vor Augen halten, welche Rückschläge in dem Aufkommen der Fischerei zu verzeichnen waren. Da möchte ich auf folgendes hinweisen: Wir haben allein durch die Kohlenkalamität des letzten Winters einen Ausfall zu verzeichnen gehabt des Umfanges, daß in Bremerhaven 35 Dampfer völlig zum Stilliegen gekommen sind und dadurch ein Produktionsausfall von 3780 tons entstanden ist; in Cuxhaven ein Ausfall von 33 Dampfern mit einem Produktionsausfall von 5525 tons und in Hamburg-Altona ein Ausfall von 21 Dampfern mit einem Produktionsausfall von 2544 tons. Wir haben also in der Zeit vom 1. Dezember 1946 bis zum 8. März 1947 allein durch Kohlen-schwierigkeiten 11849 tons verloren gleich einer Kapazität von 236980 Zentner Fisch bei ganz vorsichtiger Berechnung der Reisetage und der Fänge in dieser Zeit. Am 31. Dezember 1946 hatten wir eine Flotte in Bremerhaven von 64, in Cuxhaven von 44 und in Hamburg-Altona von 33 Dampfern, zusammen also 136 Dampfer. Diese Dampfer verteilen sich auf 39 Reedereien.

Zu den Kohlen-schwierigkeiten kam die Eisknappheit, wie wir sie im Mai 1946 schon einmal hatten. Die Eisknappheit kam nicht etwa daher, daß nicht genug Eis produziert werden konnte, sondern daher, daß die Besatzungsmacht eine ganze Menge dieser Eisproduktion für ihre eigenen Kühlräume usw. beschlagnahmte, so daß wir auch dort einen Ausfall von 300 Reisetagen hatten gleich 65200 Zentner Fisch. Zu dem Kohlen- und Eismangel kommt aber auch noch hinzu der Netzmangel, der bei der Wiederaufnahme der Fischerei in die Erscheinung trat. Hinzu kam auch die Notwendigkeit der vielen Reparaturen. Denn glauben Sie mir, meine Damen und Herren, der Wiederaufbau eines Fischdampfers ist

nicht mit so wenigen Mitteln zu vollziehen. Aber selbst wenn das nicht wäre, dann ist es doch so, daß so ein Rückbau für die Zwecke der Fischerei hergerichteter Dampfer, wenn er zum erstenmal wieder auf Fahrt geht, auf See Mängel erleidet, die nicht an Ort und Stelle zu beheben sind. Denn die Fahrzeuge, soweit sie der Marine zur Verfügung gestanden hatten, sind derart in Mitleidenschaft gezogen, daß bis zum heutigen Tage an eine reibungslose Benutzung dieser Fahrzeuge überhaupt nicht gedacht werden kann. Berücksichtigt man weiter, daß es an den notwendigen Fachkräften in der Fischerei vielfach beim Löschen, Laden und Verarbeiten der Fische fehlt, und daß der Beruf des Seemanns, der zugleich Fischermann ist, ein ungeheuer schwerer Beruf ist, so darf man sich nicht wundern, daß unsere Bemühungen, die Hochseefischerei wieder auf volle Touren zu bringen, nicht immer von Erfolg gekrönt sind. Den Fischermann, der dieses Nahrungsmittel unter großen Mühen und Strapazen der See abringt, sollte man in der Ernährung dem Bergmann gleichstellen. Bemühungen in dieser Richtung sind bereits im Gange, und wir hoffen, daß wir damit eines Tages Erfolg haben werden. Es kommt ja auch noch hinzu, daß viele unserer tüchtigsten Seeleute und Fischerleute noch heute in Kriegsgefangenschaft sitzen. Wir warten darauf, daß sie zurückkehren. Wir wollen versprechen, soweit es in unserer Macht steht, daß wir ihnen wieder Arbeitsmöglichkeiten geben, denn der Sektor der Hochseefischerei wird eine Zukunft haben, für uns ganz besonders, da wir auf dem Gebiet der Ernährung immer noch weit im Hintertreffen sind. Es wäre zu hoffen und zu wünschen, daß in der Zeitung nicht einfach Hoffnungen gemacht werden, die nicht erfüllt werden können, weil Bestimmungen aller Art noch dagegenstehen. Wir müssen vor allen Dingen versuchen, das Neubauprogramm zu forcieren. Ich will bei dieser Gelegenheit die Bemühungen erwähnen, die hier seitens des Bremer Staates aufgenommen sind mit der OMGUS, Dampfeinheiten, die noch bei der Marine sind oder im Besitz der Alliierten, uns zur Verfügung zu stellen, und ich stehe nicht an, hier zu erklären, und gleichzeitig dieses im Namen meiner Fraktion, unserem Senatspräsidenten Bürgermeister Kaisen für seine Bemühungen und auch den übrigen Herren, die an diesem Zustandekommen beteiligt sind, den Dank auszusprechen. Ich glaube, daß diese Herren es verdient haben. Für sie stand zumindest die Not des Volkes und der Ernährungslage höher als die Osterfeiertage. Das will ich hier zum Ausdruck bringen, und in diesem Sinne wurde die Interpellation beschlossen.

Herr Senator **Dr. Apelt**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Herr Interpellant hat es uns leicht gemacht, die Interpellation zu beantworten, denn ich kann seinen Ausführungen von Anfang bis Ende nur beipflichten und ich kann ihm nur meinen Dank dafür aussprechen, daß er uns ein so eingehendes Zahlen- und Tatsachenmaterial vorgebracht hat, wodurch meine Ausführungen wesentlich gekürzt werden können.

Die Tatsache ist ja leider richtig, daß wir mit einer in höchst bedauerlichem Maße zusammengeschrumpften Dampferflotte jetzt arbeiten müssen. Die Lei-

stungen dieser zusammengeschrumpften Fischereiflotte sind aber, wie ich glaube sagen zu dürfen, höchst beachtlich. Wenn man die Flotte der drei Haupthäfen Bremerhaven, Cuxhaven und Hamburg zusammennimmt in ihrem Restbestand, so stellt sie sich nur auf wenig mehr als ein Drittel des alten Standes an Hochseefischereifahrzeuge. Dazu kommen die Umstände, die der Herr Vorredner schon erwähnt hat: Die zunächst vorhandene weitgehende Einschränkung der Fanggründe, das Fehlen eines großen Teiles der alten eingefahrenen Mannschaft und weiter, daß der verbliebene Rest an Hochseefischereifahrzeugen den ältesten Teil des ursprünglichen Bestandes darstellt, mehr als 80 der verbliebenen Schiffe haben ein Alter von mehr als 25 Jahren. Trotzdem ist es gelungen, mit diesen wenig mehr als ein Drittel des alten Bestandes ausmachenden Fischdampfern 1946 rund ein Drittel der Anlandungen anzubringen im Vergleich zum letzten vollen Friedensjahr 1938. Ich glaube, daß das sehr zum Lobe unserer Besatzungen spricht. Daß freilich dieses Ergebnis vom Standpunkt unserer Ernährung in keiner Weise befriedigen kann, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Daß das erste Vierteljahr 1947 gegen 1946 jämmerlich abgefallen ist, wird man niemand vorwerfen können. Es lag an den schweren Unbilden dieses harten Winters und an den sich daraus ergebenden Kohlen Schwierigkeiten. Es darf aber gesagt werden, daß, sobald die Möglichkeit der Kohlenzufuhr wieder gegeben war, das Enklavewirtschaftsamt mit allen Mitteln eingegriffen hat. Es ist auf allen Wegen sofort darangegangen, Kohlen herbeizuschaffen, auf dem Seewege, auf Binnenschiffen und mit der Eisenbahn. Und so ist es gelungen, daß jetzt eine volle Bekohlung der Fischdampferflotte in Bremerhaven erreicht ist. Alle 66 verfügbaren Schiffe sind mit Kohlen versorgt, und es ist darüber hinaus gelungen, einen Vorrat von 5 000 Tonnen zu schaffen, so daß für den nächsten halben Monat für die Bekohlung gesorgt ist. Denn der Durchschnittsbedarf für den Monat liegt bei der Bremerhavener Fischereiflotte bei 10 000 bis 11 000 Tonnen. Dabei wird weiter anerkannt werden müssen, daß das Enklavewirtschaftsamt bemüht ist, für die Fischdampfer geeignete Kohle zu beschaffen, das heißt Fettstückkohle oder Fettnußkohle I.

Es handelt sich nun freilich nicht nur um die Frage, wie der vorhandene Bestand an Fischereifahrzeugen in Fahrt gehalten und ausgenutzt werden kann. Dazu tritt die wichtige Frage, wie können wir durch vermehrte Beschaffung von Fischereifahrzeugen die Anlandungen an Fischen steigern und damit unsere Ernährungslage verbessern. Es besteht, wie Sie alle wissen, das Bestreben, 100 neue Fischdampfer zu bauen. 100 sollen uns von den Besatzungsmächten freigegeben werden. Daß dieses an sich sehr begrüßenswerte Programm bisher nicht hat in Angriff genommen werden können, liegt daran, daß man sich über die Ausmaße dieser neuen Fischdampfer bisher nicht hat verständigen können. Die Besatzungsmächte glauben, daß sie über ein Ausmaß von 400 BRT. nicht hinausgehen sollen. Sie scheinen zu meinen, daß für die Weltsicherheit größere Ausmessungen gefährlich sein würden. Diejenigen, auf deren Wagnis die Fischdampfer gebaut werden und die den Betrieb dieser neuen Dampfer auf ihr Wagnis übernehmen sollen, sind

aber, i  
daß de  
der e  
alles  
rung w  
Größe  
hältnis  
unsere  
400-BRT  
wächst  
wie die  
nahezu  
ung u  
weiter

Ob'e  
ist im A  
dung.  
neuen  
Entsche  
rade u  
freulich  
hat, de  
etwa 1  
fügung  
bauen.  
Fahrze  
dient h  
Dabei  
zeuge,  
rung fa  
begriff  
ren Eig  
gebaut

Dies  
men e  
Durchf  
alle fe  
zwischen  
Vorcha  
Charte  
von de  
tung,  
schaft,  
regier  
Seite  
Werfte  
treten  
dieser  
irgend  
daß es  
Angrif

Nach  
Senat  
Umstä  
und d  
nähru  
sein, i  
kann.

Präs  
frage  
eintret

Her  
die  
Sitz

aber, ich glaube mit guten Gründen, der Meinung, daß der Betrieb von Schiffen mit nur 400 BRT. weder ein wirtschaftliches Ergebnis zuläßt noch vor allem das Wünschenswerte für unsere Volksernährung wird leisten können. Es ist ja nicht so, daß die Größe des Schiffes in einem durchweg gleichen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit steht. Wenn man, wie unsere Fachleute wünschen und fordern, statt des 400-BRT.-Schiffes ein 500-BRT.-Schiff zuläßt, so wächst die Leistungsfähigkeit dieses Schiffes nicht wie die Größe um ein Viertel, sondern sie wächst nahezu um die Hälfte, und was das für die Versorgung unserer Bevölkerung ausmacht, bedarf keiner weiteren Ausführung.

Ob es gelingt, zu einer Verständigung zu kommen, ist im Augenblick noch nicht zu sagen. Die Entscheidung über die endgültig zugelassene Größe der neuen Schiffe liegt bei der Militärregierung. Ihre Entscheidung wird zunächst abzuwarten sein. Gerade unter diesen Umständen ist es besonders erfreulich, daß die Militärregierung sich bereit erklärt hat, dem bremischen Staat eine größere Anzahl — etwa 130 — Fahrzeuge der früheren Marine zur Verfügung zu stellen, um sie zu Fischdampfern umzubauen. Es handelt sich dabei durchweg um solche Fahrzeuge, die schon früher Fischereizwecken gedient haben oder für Fischereizwecke gebaut waren. Dabei ist zu beachten, daß ein Teil derjenigen Fahrzeuge, die unter dieses Angebot der Militärregierung fallen, schon jetzt umgebaut oder im Neubau begriffen sind. Sie sind vor einiger Zeit den früheren Eigentümern zurückgegeben und von diesen umgebaut und zum Teil schon in Fahrt gesetzt worden.

Diese Fahrzeuge würden in dem neuen Abkommen einbegriffen sein. Die Einzelheiten für die Durchführung dieses Programms liegen noch nicht alle fest, aber in den Grundzügen besteht Einigkeit zwischen der Militärregierung und dem Senat. Ein Vorchartervertrag ist abgeschlossen, der endgültige Chartervertrag — das Land Bremen soll diese Schiffe von der Militärregierung chartern — ist in Vorbereitung, ebenso die Gründung einer Treuhandgesellschaft, die entsprechend dem Vorschlag der Militärregierung zwischen das Land Bremen auf der einen Seite und die für den Umbau heranzuziehenden Werften und die Reedereien auf der anderen Seite treten soll. Die Arbeiten zur endgültigen Klärung dieser Angelegenheit werden so schnell wie irgend möglich durchgeführt werden, und ich hoffe, daß es bald soweit sein wird, daß die Umbauten in Angriff genommen werden können.

Nach alledem glaube ich sagen zu dürfen, daß der Senat alles getan hat, was er unter den gegebenen Umständen zur Förderung der bremischen Fischerei und des darin liegenden Beitrags für die Volksernährung tun konnte. Er wird auch weiterhin bemüht sein, in dieser Richtung alles zu tun, was er tun kann.

**Präsident:** Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich frage die Bürgerschaft, ob sie in eine Besprechung eintreten will.

Herr Rex (CDU.): Ich beantrage,

die Besprechung dieses Punktes auf die nächste Sitzung zu vertagen.

**Präsident:** Ich frage die Bürgerschaft, ob sie in eine Besprechung eintreten will. Wer dafür ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist abgelehnt.

Ich danke dem Herrn Senatskommissar.

#### VIII. Kleine Anfrage:

##### Gerüchte über Herrn Senator Wolters.

(Wortlaut siehe Seite 156)

**Präsident:** Der Senat teilt dazu folgendes mit: Die Behandlung der Kleinen Anfrage ist noch nicht möglich. Der Senat bittet deshalb, sie heute abzusetzen und sie für die folgende Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

#### IX. Antrag 41:

##### Umbenennung der Kaiser-Friedrich-Straße.

(Wortlaut siehe Seite 155)

Herr Schimmeck (KPD.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Verlauf der Schuldebatte vom 30. Januar 1947 stellte die kommunistische Fraktion den Antrag, die Schule an der Kaiser-Friedrich-Straße in Hermann-Böse-Schule umzubenennen. Sie gab dazu eine ausführliche Begründung. Dieser Antrag wurde an die Schuldeputation verwiesen, welche zu der Auffassung kam, Schulen nicht mehr nach den Namen einer Person zu benennen, sondern nach der Schuleigenart. Wir halten es aber für notwendig, der Auffassung der Schuldeputation beizutreten, die ausdrücklich eine Ehrung des Mannes empfiehlt, der durch seine pädagogische Leistung und seine demokratische Haltung bewiesen hat, in der Zeit, die hinter uns liegt, ein mutiger Kämpfer für die neue Idee zu sein. Wir bitten deshalb, die Straße, an der die Schule liegt, in der er gewirkt hat, also die Kaiser-Friedrich-Straße, in den Namen Hermann-Böse-Straße umzubenennen.

Herr Bote (BDV.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte bitten, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Wir haben durchaus Verständnis dafür, wenn man Straßennamen, die sich auf Helden der nationalsozialistischen Zeit beziehen, abändert. Wir haben aber kein Verständnis dafür, allgemeine Straßennamen, die mit der deutschen Geschichte zusammenhängen, verschwinden zu lassen. Wir können solche Sachen nicht ohne weiteres aus unserer deutschen Geschichte auslöschen. Kaiser Friedrich war ein absolut liberaler Mann. Für eine Ehrung des Herrn Böse treten wir jederzeit ein, aber eine solche Art halten wir nicht für richtig.

Herr Hollmann (FDP.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir ehren das Gedächtnis Hermann Gör. . . (Stürmische Heiterkeit). Wir ehren das Gedächtnis Hermann Böses. Er ist ein Vorkämpfer für die Demokratie und für die Freiheit gewesen. Er war ein großer Bremer Pädagoge. Wir können aber nicht einsehen, warum eine einzige Straße nun umbenannt werden soll. Sicher ist, daß es in Bremen viele Straßennamen gibt, die nicht mehr zeitgemäß sind. Und wir beantragen daher,

die Bürgerschaft wolle beschließen, den Senator für das Bauwesen zu beauftragen, die sachlich nicht mehr zeitgemäßen Straßennamen festzustellen und der Bürgerschaft entsprechende Umbenennungen vorzuschlagen.

Damit würde auch eine Kostenersparnis erreicht, denn einzelne Straßen umzubenennen ist kostspieliger, als wenn insgesamt solche unzeitgemäße Straßennamen abgeändert werden. Weil wir das Gedächtnis des Lehrers Hermann Böse ehren wollen, sind wir nicht in der Lage, den Antrag der KPD. abzulehnen.

Herr **Stockhinger** (SPD.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich weiß aus den Verhandlungen heraus, daß bei verschiedenen Herren der anderen Parteien starke Bedenken dagegen vorgebracht worden sind, gerade die Kaiser-Friedrich-Straße umzutaufen. Ich komme in Versuchung, den alten August von Sachsen hierherzuzitieren, der sagen würde: „Ihr seid mir schon die richtigen Republikaner“. Wir als überzeugte Republikaner sehen keine Veranlassung, das Andenken irgendeines vergangenen Monarchen besonders in der Geschichte

wachzuhalten. Wir stimmen daher bedingungslos dem Antrag der KPD. zu auf Änderung der Kaiser-Friedrich-Straße in Hermann-Böse-Straße. Darüber hinaus stimmen wir dem Antrag Hollmann zu.

Der Antrag Hollmann wird einstimmig angenommen.

Der Antrag Schimmeck wird angenommen.

**Präsident:** Den Damen und Herren ist eine Einladung zur Teilnahme an der Eröffnung des Bremer Funktheaters am 26. April 1947 ausgehändigt worden. Wer daran teilzunehmen wünscht, kann seine Adresse hier bei der Dame von Radio Bremen angeben, damit die Karten zugestellt werden können.

Damit sind wir am Schluß unserer heutigen Sitzung. Nächste Sitzung voraussichtlich in 14 Tagen.

Schluß der Sitzung 19 Uhr.